Nr. 24. Halle (Saale), Mittwoch, den 29. Januar 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1.70 Mk. frei Haus, bei Bestellung ab Postamt monatlich 1.50 Mk., vierteljährl. 4.5 Mk. (für Zustellung durch Postbote monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld), extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 43-44. Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1647. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die Nebengrundzeile, 30 mm breite Millimeterzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 54 mm breite Reklamezeile beträgt 1.50 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, spätestens am Tage vorher erbeten. Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 43-44. Fernsprechanschluß Nr. 1646. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1647.

Halb und Halb.

Die neue gemischte Regierung.

Das kapitalistische Bürgertum obenauf!

Als die Unabhängigen Sozialdemokraten Ende Dezember aus dem Rate der Volksbeauftragten schieden, schrieben wir: Keine sozialdemokratische Regierung mehr! Das hat sich bestätigt, denn seit dem 29. Dezember hat die rein regierungssozialistische Regierung nur noch Worte und Taten gegen wahre sozialistische Demokratie unternommen. Schritt für Schritt ist die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske dem Bürgertum entgegengekommen, Zug um Zug ist sie von den Lebensforderungen der sozialistischen Arbeiter abgerückt. Die „sozialistische" Regierung wird sich bald nur noch auf die Kommandogewalt der Offiziere und auf die Macht des kapitalistischen Bürgertums stützen. Um diese Politik zum Abschluß zu bringen, wird jetzt auch die formelle Abtretung der Regierungsgewalt an das Bürgertum vollzogen. Die bürgerliche Presse meldet triumphierend:

Berlin, 28. Januar. Die Frage der Bildung der künftigen Reichsregierung soll schon in den nächsten Tagen, jedenfalls noch vor Beginn der Nationalversammlung, zu Verhandlungen führen, an denen außer der Sozialdemokratischen Partei auch die Deutsche demokratische Partei teilnehmen wird. Es verlautet, daß die Sozialdemokraten neben den Abgeordneten Ebert und Scheidemann auch den Abgeordneten Noske als Mitglied präsentieren werden. Von der Demokratischen Partei sind als Kandidaten für die künftige Reichsregierung aufgestellt der jetzige Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Schiffer, der Staatssekretär des Innern Dr. Preuß und der Abgeordnete Dr. Neumann-Hofer. Auch die Wahl des künftigen Präsidenten der deutschen Republik beschäftigt die politischen Kreise. Dr. Wermuth, der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, ist in den Vordergrund gestellt worden.

So wird es wohl kommen, wenn alles nach der „parlamentarischen Ordnung" geht. Wermuth (oder Naumann) Präsident, und Schiffer, Preuß, Neumann-Hofer (oder andere und mehr Bürgerliche) als Minister, denen sich Ebert-Scheidemann-Noske als Geduldete und „sozialdemokratisches" Dekorationsstück anschließen. Da überdies jetzt schon der Kunstdiplomat Graf von und zu Brockdorff-Rantzau die auswärtige Politik leitet, Oberst Reinhardt Kriegsminister ist und weitere wichtige Reichsressorts von Bürgerlichen dirigiert werden, außerdem der ganze Verwaltungsbureaukratismus bürgerlich geblieben ist, — hat der Sozialismus auch formell in der Reichsleitung ausgespielt.

Die Revolution ist zu Ende, die kapitalistische Republik (mit monarchischen Umtrieben — siehe weiter unten) ist so gut wie gesichert und verankert.

Was sagt die deutsche sozialdemokratische Arbeiterklasse dazu?

Kaiserfeier im Hauptquartier.

Die Zentralgewalt der „sozialistischen Republik".

In der Nacht vom 26.—27. Januar fand im Großen Hauptquartier in Anwesenheit von Feldmarschall Hindenburg und General Groener eine Kaisergeburtstagsfeier statt. An der Feier nahmen die zum Generalstab des Feldheeres gehörigen Offiziere teil.

Das hindert natürlich die Herren nicht, unentwegt auf dem Boden der „Republik" zu stehen und die Regierung Ebert-Scheidemann als ihre besten Mithelfer zu feiern. Dieser Herren wegen dürfen die Soldatenforderungen nicht durchgeführt und die Kommandogewalt der Offiziere nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil, die Soldatenräte müssen ihres Einflusses beraubt und zu Dekorationsstücken degradiert werden.

Wahrhaftig — die Reaktionsgewalten schreiten mit wuchtigen Schritten durch die Lande. Bald wird der letzte Flitter „sozialistischen" Glanzes aus der Republik verweht sein.

Wehe Euch!

So ruft Diktator Noske dem deutschen Volke zu — wenn Ihr Euch vom „Bolschewismus" anstecken laßt und nicht als Freiwillige in meine Armee eintretet! Auulich wird lund getan:

Berlin, 28. Januar. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, gezeichnet Cohen, und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin, Noske, erlassen folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

„Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Arm en der Bolschewiki vor den Toren Ostpreußens, und die Polen weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor. Wehe Euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen. Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, immer Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtslosigkeit das Los unseres Volkes sein." Der Aufruf schließt mit dem dringenden Appell, als Freiwilliger in die Noske-Armee einzutreten.

Es ist gut, daß den Freiwilligen gleich gesagt wird: ihr müßt auf Vater und Mutter schießen, wenn Vater und Mutter etwa den „Bolschewismus" wollten! Bolschewismus sagt man — und Sozialismus meint man!

Von unten auf!

Die Konferenz der A.- und S.-Räte im Bezirk Merseburg.

Eine bedeutsame Tagung hat heute vormittag im Volkspark in Halle begonnen. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Merseburg sind zusammengetreten, um zu einer Reihe hochwichtiger Fragen Stellung zu nehmen. Obenan steht die Frage der Sozialisierung der Großbetriebe, mit der die beiden anderen: Die zukünftigen Aufgaben der A.- und S.-Räte und die Errichtung von Betriebsräten in engstem Zusammenhange stehen.

Die Frage der Sozialisierung aber ist gleichsam der Kernpunkt in der Weiterführung der Revolution, weil nur von ihr die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Arbeiterklasse ausgehen kann. Denn ohne die Enteignung der großen Grundbesitzer und der Kapitalisten, ohne die Uebernahme des Grund und Bodens, der Großbetriebe, aller kapitalistischer Produktionsmittel überhaupt, in den Besitz des ganzen Volkes, mit einem Worte: ohne die Sozialisierung würden die Arbeiter wirtschaftlich und sozial für ewig Sklaven des Kapitals bleiben. Diese Erkenntnis bricht sich in immer weiteren besitzlosen Volksschichten Bahn, und von ihr ließ sich auch der Kongreß der A.- und S.-Räte in Berlin leiten, als er von der Regierung die sofortige Inangriffnahme wenigstens der Sozialisierung der Bergwerke forderte. Aber diese auchsozialistische Regierung tat nicht dergleichen, als ob die Beschlüsse des A.- und S.-Rat-Kongresses für sie irgendwelche bindende Kraft hätten. Sie hatte ja auch Wichtigeres zu tun; sie mußte die Gegenrevolution fördern und die Berliner revolutionären Arbeiter von den Offizieren und den fanatisierten Soldaten Wilhelms des Letzten zusammenschießen lassen!

Da also in der Sozialisierung „von oben" nichts geschah, war es ganz selbstverständlich, daß die Sozialisierungsbestrebungen „von unten auf", aus den Reihen der Arbeiter selbst einsetzen mußten. Die Revolution hatte ja die Arbeiter und Soldaten in vieler anderer Hinsicht geradezu auf den Weg der Selbsthilfe gedrängt, und die Selbsthilfe ist ja gleichsam auch nur die ganz naturnotwendige Auslösung all des kapitalistischen, polizeilichen, militärischen usw. Drucks, der jahrzehntelang auf dem deutschen Volke, und besonders auf der deutschen Arbeiterschaft, lastete und es nicht frei atmen ließ. Ausgleichend konnte hier nur schleunigste Sozialisierung von Wirtschaftsbetrieben wie z. B. den Bergwerken helfen. Die Kanonenregierung Ebert-Noskes verharrte indes, so Erstaunliches sie auch sonst in der Förderung der bürgerlichen Gegenrevolution leistete! — in völliger Untätigkeit. Die Folge davon war, daß nun namentlich die Bergleute begannen, die Sozialisierung selbst in die Hand zu nehmen, um sie möglichst rasch und erfolgreich durchzuführen.

Wie ihre Durchführung höchst planmäßig, geordnet, ertragreich und vor allem nachdrücklich geschehen kann, das ist eine Aufgabe, die auch die heute und morgen tagende Konferenz der A.- und S.-Räte des Bezirks Merseburg nach bestem Wissen und Können zu lösen suchen wird. Die Schwierigkeiten und Hindernisse, die hier zu überwinden sind, erweisen sich nicht minder groß, wie die Irrwege zahlreich, die man leicht einschlagen kann, und die zu betreten vermieden werden muß. Droht doch bei der Sozialisierung von unten auf die Gefahr, daß sie leicht in einer Art Gruppen-Individualismus stecken bleibt, die Form von bloßen Produktivgenossenschaften annimmt und dadurch unrentabel wird. Mit höchstem sozialen und wirtschaftlichen Erfolge kann die Sozialisierung nur in dem großzügigen und allumfassenden Rahmen der ganzen Volksgemeinschaft wirken. Diese außerordentlich wichtigen Gesichtspunkte dürfen auch bei der Sozialisierung zunächst der einzelnen Betriebe oder Betriebszweige nicht aus dem Auge gelassen werden; denn sie scheinen uns für das Gelingen und den Erfolg der Sozialisierung eine unerläßliche Voraussetzung zu sein.

Wir haben in es die Hoffnung, daß sich hier die Konferenz in ihren Beratungen schon von dem richtigen Geiste leiten lassen und auch die Wege finden und weisen wird, die zum großen Ziele führen.

Zur planmäßigen, organisierten Sozialisierung der Bergwerksbetriebe des Regierungsbezirks Merseburg sind ja die erster vorbereitenden Schritte bereits getroffen worden, und auch die Richtlinien dafür dürften wohl in großen Umrissen schon aufgestellt sein. So sehr wir hoffen, daß die Konferenz das eingeleitete Werk tatkräftig vorwärtstreiben möge, so verhehlen wir uns doch keinen Moment, daß ihr Wirken nur sehr begrenzt ist. Auch hier wohnen die Gedanken „eng beieinander", und „hart im Raume stoßen sich die Sachen". Die Sozialisierung wird sofort zur Machtfrage, wenn sich starke kapitalistische Kräfte dagegen auflehnen. Ein solcher Machtkampf läßt sich mit Aussicht auf Sieg für das Proletariat aber nur dann austragen, wenn er von der klassenbewußten sozialistischen Arbeiterschaft ganz Deutschlands mit einmütiger Geschlossenheit geführt wird.

Diese Einmütigkeit des Willens ist bis zu einem gewissen Grade auch Vorbedingung bei dem Bestreben, die Arbeiter- und Soldatenräte zu einer dauernden Einrichtung zu gestalten und ihnen beim Aufbau des sozialistischen Volksstaates neue wichtige soziale Aufgaben zuzuweisen. Inwieweit sich diese Forderung praktisch durchsetzen lassen wird, das hängt letzten Endes ebenfalls davon ab, wieviel Macht die Arbeiterklasse für ihre Verwirklichung aufzubringen vermag.

Daß es der Konferenz nicht an Einsicht und Verständnis für alle diese Dinge fehlen wird, dafür bürgt schon der revolutionäre Geist, der sie beseelen dürfte. In der Gewißheit, daß sie für die Revolution wertvolle und fruchtbringende Arbeit leisten und sie dem endgültigen Siege wieder ein großes Stück näher führen werden, entbieten wir den Delegierten ein revolutionäres Glückauf!

Wie sozialisieren wir?

Ein Blick in die sozialisierte Wirtschaft.

Von Diplom-Ingenieur Rausch-Halle.

Ehe wir uns auf den weiten Weg machen, der uns nach der ersehnten, wirklich „sozialisierten" Republik führen soll, müssen wir einmal das Ziel fest ins Auge fassen. Nur wenn wir uns darüber klar sind, was wir erreichen wollen, werden wir auch die richtigen Wege finden. So wollen wir uns heute mal dies und jenes in der sozialisierten Wirtschaft ansehen.

In ihrem äußeren Aufbau gleicht der wirtschaftliche Apparat der sozialisierten Republik einer Riesenfirma. Diese Riesenfirma stellt in ihren zahllosen Unterabteilungen alles her, was das Volk zum Leben braucht. Das Wirtschaftsgebäude der sozialisierten Republik wird viel Aehnlichkeit haben mit jener amerikanischen Großunternehmungen, wie z. B. die Kanadische Eisenbahn-Gesellschaft. Diese Unternehmung besitzt Eisenbahnen, auf deren längster Linie man sechs Tage und Nächte ununterbrochen durch Nordamerika fährt. Eine Ueberseelinie ist größer als die der Hamburg Amerika Linie, steht in ihrem Dienst. Landgüter und Forsten so groß wie verflossene deutsche Fürstentümer, Bergwerke, Maschinenfabriken, Hotels und viele andere Unternehmungen werden von einer Zentralstelle geleitet. So wird unsere Republik eine große Zahl der verschiedensten Unternehmungen umfassen, die nach einem einheitlichen Plan geleitet werden.

Der Wirtschaftsplan der amerikanischen Riesenfirma wird so aufgestellt, daß möglichst hohe Gewinne erzielt werden. Und viele Kapitalisten, die Kanada nie sahen, vereinnahmen die Dividenden, ohne einen Finger krumm zu machen. Der ganze Wirtschaftsplan in unserer sozialisierten Republik ist nach ganz anderen Gesichtspunkten aufgestellt. Wir kennen keine Gewinne mehr. Bei uns wird zunächst ermittelt, was und wieviel braucht das ganze Volk. Das wird dann durch das Volk geschaffen und auf dem kürzesten Wege denen zur Verfügung gestellt, die es brauchen. Wir alle zusammen bestimmen, wieviel Kohle im Jahre gefördert werden soll für Hausbrand, Industrie, Landwirtschaft, Ausfuhr usw. Es wird nicht mehr und nicht weniger gefördert, als wir wirklich brauchen. Die kapitalistischen Gesellschaften treiben oft Raubbau mit der Kohle, um hohe Dividende zu erzielen, oder sie fördern zu wenig Kohle, um die Preise hoch zu halten. Wir in der sozialisierten Republik gehen vor allen Dingen sparsam um mit unseren wertvollen Bodenschätzen. Wir ziehen in allergrößtem Umfange die Kräfte zur Mitarbeit heran, die uns die Natur jahraus jahrein umsonst liefert. Mächtige Talsperren bauen wir überall. Jedermann hat elektrisches Licht und elektrische Kraft. Ich weise nur hin auf die großen Saale-Talsperren, die die Firma Zeiß in Jena schon lange vorgeschlagen hat. Im kapitalistischen Staate hatten die kleinen Fürstentümer immer Angst, der Nachbar hat vielleicht etwas mehr Nutzen davon als ich. Da machen wir es lieber gar nicht. Uns beherrscht bei der Aufstellung unseres sozialistischen Wirtschaftsplanes nur der eine Gedanke: Das was der Masse des Volkes am meisten nutzt, das wird gemacht.

Bei der Festsetzung der Kohlenmenge, die wir jährlich zu fördern haben, erwähnte ich weiter oben auch die Ausfuhr. Sie wird in unserer sozialisierten Wirtschaft eine ganz besondere Rolle spielen. Wir wissen es alle und fühlen es in dieser elenden Zeit ja jeden Tag, wieviel uns im eigenen Lande fehlt, um wirklich leben zu können. Wir sind arm an Rohstoffen. Das Ausland liefert uns die gewünschten Rohstoffe nur, wenn wir ihnen etwas dagegen liefern. Es ist schließlich immer ein Tauschhandel. Je mehr wir und je besser wir dem Ausland liefern, desto mehr und bessere Waren bekommen wir ins Land. Wenn wir also unsern großen Wirtschaftsplan aufstellen, dann müssen wir auch gleich festsetzen, wieviel Kohle, Kali, Maschinen und Waren wir produzieren wollen, um dafür Kaffee, Tee, Fett, Weizen, Baumwolle und vieles andere herein zu bekommen. Es ergibt sich klar: je mehr wir in unserer sozialisierten Republik alle zusammen für die Ausfuhr erarbeiten, desto mehr bekommen wir ins Land, desto schöner können wir unsere Lebenshaltung gestalten. Denn wir haben ja alle gleichen Teil daran.

Aber noch aus einem anderen Grunde müssen wir der Ausfuhr besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir haben schon sozialisierte Wirtschaft — das Ausland hat noch kapitalistische Wirtschaft. Unsere sozialisierte Wirtschaft ist noch jung. Sie neigt zu Kinderkrankheiten und diese sind am gefährlichsten da, wo sie mit dem Kapitalismus kämpfen muß. Wir werden uns später noch einmal eingehender über diese Fragen unterhalten müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190129-15/fragment/page=0001

Technik und Wissenschaft stehen in der sozialisierten Republik in hohem Ansehen und in höchster Blüte. Im kapitalistischen Staate hatte der Arbeiter kein Interesse an den Fortschritten und Errungenschaften der Technik. Im Gegenteil. Meist brachten die neuen Fabrikationsmethoden und Verbesserungen eine Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten mit sich. Die überflüssigen Leute wurden auf die Straße gesetzt und vergrößerten die „industrielle Reservearmee". — Jetzt in der sozialisierten sieht das ganz anders aus. Wir hatten oben festgestellt, es wird nur so viel erzeugt, wie wir brauchen. Werden nun durch einen technischen Fortschritt, durch eine Erfindung, zum Fördern der Kohle viel weniger Menschen gebraucht als im Jahre vorher, so können wir die Arbeitszeit heruntersetzen, oder wir können, ohne die Gesamtarbeitszeit zu verlängern, dort mehr Leute einstellen, wo sie uns bisher fehlten. Auf jeden Fall kommt jede Erfindung, jede technische Weiterentwicklung uns allen zum Nutzen, deshalb werden wir die richtigen Mittel anwenden, sie zu fördern. Alle Wissenschaften pflegen wir, denn sie bringen der menschlichen Gesellschaft den Fortschritt. Unser Schulwesen lehrt allen Angehörigen der sozialistischen Republik in gleicher Weise die geistigen Werte schätzen. Auch die Kunst pflegen und veredeln wir. Im kapitalistischen Staate sind es nur eine kleine Anzahl bevorzugter Menschen, denen die Schönheiten der Kunst zugänglich sind. Das ist bei uns anders. Im sozialisierten Staate hat auch die Masse Zeit und Gelegenheit, sich an der Kunst zu freuen und zu erheben. Die echte Pflege der Kunst ist eins der schönsten Mittel, unsere Lebensauffassung zu veredeln.

Hoch über dem Eingange zu unserer sozialisierten Republik steht in riesigen Buchstaben ein Wort: Arbeit. Dieses Wort hat bei uns einen anderen Klang als im kapitalistischen Staate. Dort schuftet der Proletarier sein ganzes Leben von morgens bis abends und wird doch nie etwas. Der Sohn des reichen Mannes braucht nie richtig zu arbeiten und hat immer Geld. Nein, bei uns gibt es nicht reich und arm, nicht Kapitalist und Proletarier. Wir arbeiten alle, alle für die Allgemeinheit und die Allgemeinheit für jeden einzelnen. Es wird immer gesagt, die Sozialdemokratie ist religionsfeindlich. O, wie kurzsichtig das ist. Das eherne Fundament der Sozialdemokratie ist der Grundsatz: „Wir wollen alle in gleicher Weise für einander arbeiten." Was ist denn das? Das ist wahre Nächstenliebe. Und die Nächstenliebe bezeichnen die großen Religionen als die schwerste und vornehmste Pflicht der Menschen. Und weil die Sozialdemokratie auf den vornehmsten und edelsten Eigenschaften aufbaut, deshalb siegt sie.

Weshalb die Kohlenförderung sinkt.

Unser Prager Parteiblatt Pravo Lidu berichtet, daß in der vorigen Woche 3 Vertreter der Wiener Arbeiterschaft, abgesandt von 52 Arbeiterverbänden mit der Bitte um Kohlen, nach Prag gekommen sind. Die tschecho-slowakische Republik habe diese Bitte ablehnen müssen, weil die Verhältnisse sich auch bei ihr von Tag zu Tag verschlechterten. Die Kohlenförderung sinke beständig, teils weil die Arbeiterschaft nicht mehr die gleiche physische Kraft wie früher besitze, teils weil die ganze Bevölkerung, darunter auch die Bergleute, von der allgemeinen Arbeitsunlust ergriffen sei, welche durch die Leiden des vierjährigen Krieges hervorgerufen wurde. Das Blatt wendet sich an die Bergleute mit der dringenden Bitte, diese Unlust zu überwinden und der Republik mehr Kohlen zu liefern. Diese werde dafür sorgen, daß die Kohlenförderung keinem Privatkapitalisten, sondern ausschließlich der Allgemeinheit zugute komme.

Die von unserem Prager Parteiblatt angeführten Ursachen des Rückganges der Kohlenförderung in Böhmen treffen in vielleicht noch stärkerem Maße auch auf das schlesische und westfälische Kohlengebiet zu. Die Presse jedoch, die sich tagein tagaus über die „Begehrlichkeit" der Bergarbeiter entrüstet, hat weder für diese Ursachen Verständnis, noch für die Tatsache, daß eine Besserung der heiteberen Verhältnisse nicht durch kapitalistische Gewaltmethoden, sondern nur durch schleunige Sozialisierung des Bergbaues erzielt werden kann.

Das neue Gemeindewahlrecht.

Die Verordnung.

Die preußische Regierung hat, wie wir schon berichteten, zur Regelung des Gemeindewahlrechts eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen, die wir im Wortlaut mitteilen:

§ 1. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerliste.

Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung schließen lassen.

§ 3. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist: 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht; 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 4. Aufgehoben werden Vorschriften, wonach das Wahlrecht in anderen Fällen als denen des § 3 ruht, Forensen und juristischen Personen ein Wahlrecht zusteht, die Ausübung des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig gemacht wird, ein bestimmter Prozentsatz der Gemeindevertretung aus Grundstückseigentümern, Rießbrauchern usw. bestehen muß (sogenanntes Hausbesitzerprivileg), bestimmte Beamtengruppen von der Wahl zum Gemeindevorstand oder zur Gemeindevertretung ausgeschlossen sind, neben den gewählten auch nicht gewählte Personen der Gemeinde- (Bürgermeisterei-)vertretung als Mitglied hinzutreten.

§ 5. Die Gemeindevertretungen bestehen aus mindestens 6 und höchstens 144 Mitgliedern.

§ 6. In den Städten der Provinz Hannover werden die Mitglieder des Magistrats von den Bürgervorstehern gewählt.

§ 7. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntage bis spätestens zum 2. März 1919 zu erfolgen. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bleiben bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Aemtern.

§ 8. Für die Vornahme der auf Grund dieser Verordnung erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlordnung für die verfassunggebende preußische Landesversammlung mit der Maßnahme anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars, der in den Gemeindeordnungen festgesetzte Wahlvorstand usw. die Wahlkommission tritt.

Bei der erstmaligen Wahl sind die Wählerlisten zur preußischen Landesversammlung anzuwenden. Die besonderen Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung über Dauer und Begriff des Wohnsitzes gelten für die erstmalige Wahl nicht. Für die späteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung geregelt, welche das Ministerium des Innern erläßt. Für die weiteren Wahlen können durch Ortsstatut Wahlbezirke geschaffen werden.

§ 9. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen über die Teilnahme am Gemeindevermögen, Gemeindegliedervermögen und an Allmenden werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 10. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen (Gemeindeordnungen) werden insoweit aufgehoben, als sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen. Ortsstatutarische Ergänzungen sind insoweit zulässig, als sie den Bestimmungen dieser Verordnung und der nach § 8 Abs. 3 zu erlassenden Wahlordnung nicht zuwiderlaufen.

Keine Ernennung von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorständen mehr! In Verfolg der vorstehenden Verordnung hat das preußische Ministerium des Inneren eine Verfügung erlassen, welche die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorständen durch die jetzigen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Gemeindevertretungen untersagt. Dadurch soll zugleich mit der Demokratisierung der Gemeindevertretungen auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt werden.

Neuaufbau des — Militarismus.

München, 25. Januar. In einer Veranstaltung für die Garnison München entwickelte der Minister für militärische Angelegenheiten Roßhaupter die Richtlinien für den künftigen neuen Aufbau des bayerischen Heeres und führte unter anderem aus, daß der alte Geist mit dem Kadaver-Gehorsam nicht wiederkehren dürfe, wenngleich auch im neuen demokratischen Heere Zucht und Ordnung herrschen müssen. In Bayern wäre eine angeworbene Polizeitruppe zu bilden, die eine Friedensstärke von 12 000 Mann und eine Kriegsstärke von vielleicht 44 000 Mann (für ganz Deutschland etwa 350 000 Mann) haben würde. Mit diesem sogenannten stehenden Heere müsse das System eines Milizheeres auf der Grundlage der allgemeinen Pflicht zur Wehrhaftigkeit eingeführt werden. Bei einer Dienstzeit von drei bis fünf Monaten und vier je 14tägigen Wiederholungskursen ergebe sich für Bayern ein kriegsstärkes Heer von 400 000 Mann Streitern und insgesamt 970 000 Mann, für ganz Deutschland 3 200 000 Streitern, alles in allem 7¾ Millionen Mann. Zur Unteroffiziersfrage bemerkte der Minister, daß im neuen Heere kein Vorrecht der Geburt, des Reichtums und der sogenannten Bildung gelten würde. Hier müsse es heißen: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Das Bürgertum für Offiziersgewalt.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin hat in seiner Versammlung folgende Resolution einstimmig gefaßt, welche an den Volksbeauftragten Noske gebrahtet wurde:

Der versammelte Bürgerrat von Groß-Berlin gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Verordnung über die Wiederherstellung der Kommandogewalt in der Armee vom 19. Januar 1919 von der Reichsregierung ohne Rücksicht auf widerstrebende Elemente durchgeführt wird. Die Wiederaufrichtung einer disziplinierten Armee ist im Interesse der Erhaltung der Einheit des Reichs, der notwendigen Grenzen für das Reich und im Interesse der Erhaltung von Ruhe und Ordnung zwingendstes Gebot.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin.
Konsul Marx, Vorsitzender.

Je mehr die Arbeiter von der Noskeschen Militärpolitik abrücken, um so enger schließt sich das kapitalistische Bürgertum an die Regierung an. Der Regierung Ebert-Noske muß aber auch die Forderungen des Bürgertums bis zum Hüpfelchen erfüllen — das ist nur zu gerne tut. So erhält die kapitalistenklasse durch die Kommandogewalt der Offiziere wieder eine zuverlässige Schutztruppe gegen die fordernden sozialistischen Arbeiter.

Die Noske-Garde in Weimar. Wie das Regierungsorgan Vorwärts mitteilt, ist das Berliner Freiwilligen-Regiment Reinhard der „Schutz der Nationalversammlung" in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden nach Weimar entsandt und dort untergebracht werden. Die Truppe soll den dort befindlichen Behörden nicht als Polizeimacht angegliedert werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen. Noske gibt die Diktatur in keine andern Hände.

Verhindert den Zuzug!

Durch das Wolffsche Bureau wird folgende offiziöse Meldung verbreitet:

„Berlin, 25. Januar. Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß Ersatztransporte von Ersatztruppenteilen zu ihren zur Garde-Kavallerischützen-Division oder anderen freiwilligen Detachements gehörigen Formationen durch Arbeiter- und Soldatenräte zurückgehalten worden sind. Da diese Ersatztransporte dringend zur Auffrischung und Auffüllung der regierungstreuen Truppenteile benötigt werden, weist die Reichsregierung darauf hin, daß ein Zurückhalten der Ersatztransporte absolut unzulässig ist und daß die ungehinderte Zulassung der Transporte gegebenenfalls erzwungen werden wird."

Wir sind im Gegensatz hierzu der Auffassung, daß alles getan werden muß, um den Zuzug gegenrevolutionärer Elemente nach Berlin zu verhindern. Die Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reiche, ebenso wie alle revolutionären Arbeiter haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Transport von Truppen, die der Niederwerfung der Revolution und der Aufrichtung der Gegenrevolution dienen sollen, unterbunden wird. Von der Erfüllung dieser Pflicht werden sie auch die Drohungen der Regierung der Blutsozialisten nicht abhalten können.

Offiziöse Kaiserpropaganda.

Wolffs Telegraphisches Bureau meldet:

Berlin, 27. Januar. Die Geburtstagsadresse für Kaiser Wilhelm II. die der Reichsbote in Berlin ausgelegt, hat in wenigen Tagen 132 000 Unterschriften von deutschen Männern und Frauen aus allen Berufsständen und allen deutschen Gauen gefunden. Die Frist zur Einsendung weiterer Unterschriften ist bis zum 31. Januar verlängert worden. Der Wortlaut der Huldigungskundgebung wurde heute dem Kaiser telegraphisch übermittelt.

W. T. B. ist regierungsoffiziös. Es ist zeigend, daß die Ebert-Regierung diese monarchische Minier- und Werbearbeit des W. T. B. duldet.

•

Auch anderwärts treiben die Monarchisten ihren Spuk. So wird aus Budapest gemeldet: Wie die hiesige Parl. Korrespondenz mitteilt, ist in Ungarn mit Unterstützung des Adels ein Monarchistenputsch geplant. Zu diesem Zwecke seien 28 Millionen Kronen gesammelt worden. Unter dem Vorwand eines Grenzschutzes seien in Budapest bereits 12 000 Offiziere und Mannschaften angeworben worden.

Beseitigung des Frauenwahlrechts?

Die bürgerlichen Parteien sind mit den Ergebnissen, die das Frauenwahlrecht gezeigt hat, nicht recht zufrieden. Sie hatten gehofft, daß die zum ersten Male wählenden Frauen sich in größerem Umfange für die reaktionären Parteien entschieden würden, insbesondere für die Parteien mit religiösem Einschlag. Statt dessen haben die Wahlen gezeigt, daß die harten und bitteren Erfahrungen der vier Kriegsjahre an dem Denken der Frauen nicht spurlos vorübergegangen sind. Ein erheblicher Teil der Frauen, besonders die Frauen der Arbeiterklasse, hat sich von seinen Klasseninteressen leiten lassen und hat sozialistisch gewählt. Wie die Demokratische Parteikorrespondenz mitteilt, wird jetzt von reaktionärer Seite in Oberbayern der Versuch gemacht, Unterschriften von Frauen für eine Massenpetition an die Nationalversammlung zu erhalten, in der das Verlangen nach Beseitigung des Frauenwahlrechts gefordert wird. Man ersieht daraus, daß die reaktionären Parteien auch heute noch Feinde des Frauenwahlrechts sind.

Friedenskonferenz am 10. Mai.

Paris, 29. Januar. Minister Pichon teilte im Kammerausschuß mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen solle.

Kolonienfrage und Völkerbund.

Paris, 28. Januar. Die Konferenz sieht vor, daß die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Frankreich wird Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten.

London, 27. Januar. Reuter stellt fest, daß die Meldung, wonach das zukünftige Schicksal der früheren deutschen Kolonien der Entscheidung des Völkerbundes vorbehalten werden soll, in keiner Weise bedeute, daß eine etwaige Zurückgabe der früheren Besitzungen an Deutschland in Frage kommt. Diese Frage ist schon entschieden worden, eine Rückgabe kommt nicht in Betracht. Es wird indes dem Völkerbund überlassen werden, letzten Endes die zukünftige Gestaltung der Kolonien im einzelnen festzulegen.

Paris, 28. Januar. Bei der Beratung über das Schicksal der Kolonien trat Wilson für Internationalisierung der deutschen Kolonien ein.

Paris, 28. Januar. In der Sitzung der Vertreter der Großmächte wurde die Frage der deutsch-afrikanischen Kolonien besprochen. Die amerikanischen Vertreter setzten den Standpunkt ihres Reiches in Gegenwart von zwei besonders dazu herbeigerufenen chinesischen Vertretern auseinander. Hughes und General Botha teilten die Ansprüche der Dominien mit, wonach Neuguinea an Australien und die Samoa-Inseln an Neuseeland, sowie Südafrika an die Südafrikaner fallen sollen. Sodann kamen Westafrika, Togo und Kamerun zur Sprache. Wilson entwickelte seine persönliche Theorie für die Regelung der kolonialen Fragen. Nach seinem System würde der Völkerbund die Verwaltung dieser Gebiete einem Mandatarstaate übertragen.

Die Preußenwahlen.

Berlin, 29. Januar. Die bis Mitternacht vorliegenden Wahlergebnisse aus 19 Wahlkreisen (von 23) ergeben folgende Verteilung der Sitze auf die Parteien:

Deutschnationale Volkspartei 37.
Deutsche Volkspartei 10.
Christliche Volkspartei (Zentrum) 65 (darunter 4 Welfen).
Deutsche Demokratische Partei 56.
Regierungssozialisten 129.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei 21.
Deutsch-Hannov. Partei 2.
Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1.

Berlin, 28. Januar. 961 808 gültige und 2816 ungültige Stimmen. Die Regierungssozialdemokraten erhielten 343 009, die Unabhängigen 270 460, Deutsche demokratische Partei 143 751, Deutschnationale Partei 99 202, Christliche Volkspartei 52 853, Deutsche Volkspartei 59 901 und die Nationaldemokratische Partei 14 Stimmen. Es erhielten Liste Hirsch: 8, Liste Hoffmann: 6, Liste Troelsch: 3, Liste Kaufmann: 2, Liste Faßbender: 1 und die Liste Garnich ebenfalls 1 Mandat.

Mecklenburg. Rostock, 28. Januar. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden mecklenburgischen Landtag verteilen sich die Sitze wie folgt: Sozialdemokratische Partei: 31, Deutsch-Demokratische Partei: 18, Deutschnationale Volkspartei: 8, Deutsche Volkspartei: 3, Mittelstandspartei: 1.

Arbeitszwang!

Berlin, 29. Januar. Wie der Lokalanzeiger erfährt, schweben bei den zuständigen Stellen ernste Erwägungen wegen Erlassen eines Gesetzes über die Einführung des Arbeitszwanges.

Bravo! Nun werden endlich die Millionäre, die Rentiers, die Kriegsgewinnler und die reichen Drohnen der Gesellschaft zur Arbeit herangezogen werden — nicht? Ach nein! So meint die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske nicht die Einführung des „Arbeitszwanges". Sie meint, die Arbeiter müssen zur Arbeit gezwungen werden, auf daß sie nicht mehr streiken, nicht mehr demonstrieren, nicht mehr fordern. Wer Geld hat, kann nach wie vor die anderen für sich arbeiten lassen, das gehört zur kapitalistischen Demokratie.

Der Kommunistenaufstand in Wilhelmshaven soll niedergeworfen sein. Regierungstruppen wurden in großer Zahl zusammengezogen, die im schweren Feuergefecht die Kommunisten überwältigten. 25 Tote sollen festgestellt worden sein. Der Präsident der Republik Oldenburg depeschierte an Noske: „Ruhe wieder hergestellt."

Held Michaelis, der frühere Reichskanzler, hat sein Amt als pommerscher Oberpräsident niedergelegt, weil der A- und S-Rat von Stettin die Halbmastflissung roter Fahnen auf öffentlichen Gebäuden aus Anlaß der Beerdigung Liebknechts verlangt und gegen seinen Einspruch durchgeführt hat.

Staatliches Vorkaufsrecht und Siedelungs-Gesellschaften. Das durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 geschaffene Vorkaufsrecht des Staates für alle größeren land- und forstwirtschaftlichen Güter ist durch eine Bekanntmachung des Ministers für Landwirtschaft den Siedelungs-Gesellschaften übertragen worden. In unserer Provinz erhielt dieses Recht die Siedelungsgesellschaft Sachsenland.

Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Wien, 28. Januar. Die N. Fr. Pr. meldet: Die deutsche Nationalversammlung wird in Weimar prüfen, ob sie den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland während der Friedenskonferenz oder erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages aussprechen soll. Eine Kundgebung für den in Deutschland allgemein geforderten Anschluß ist ebenfalls zu erwarten. Die wirtschaftlichen Fragen werden bereits in den amtlichen Stellen geprüft.

Christiania streikt zu Ehren Liebknechts. Christiania, 27. Januar. Mehrere tausend Arbeiter haben gestern in Christiania die Räder ruhen lassen zu einem spontanen Demonstrationsstreik zu Ehren Liebknechts und Rosa Luxemburgs als Protest gegen ihre Ermordung. Es wurde ein Begrüßungstelegramm an den Spartakusbund geschickt, daß sich in scharfen Ausdrücken gegen die Regierung Ebert-Scheidemann wendet.

Amerikas Militarismus. Washington, 27. Januar. Reuter. General March teilte im Senatsausschuß für Heeresangelegenheiten mit, daß 300 000 Amerikaner im Monat heimbefördert werden können und das gesamte Expeditions-Heer innerhalb sechs Monaten heimbefördert und demobilisiert werden kann. Wilson werde in Paris die Größe der amerikanischen Besatzungsarmee festsetzen. General March gab an, daß zehn Divisionen als Anteil Amerikas angeregt worden seien. Er fügte hinzu, er sei dafür, daß die Vereinigten Staaten ein stehendes Heer von zwei halben Million besitzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190129-15/fragment/page=0002

Aus der Partei.

Der Parteitag verschoben.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten ist wegen Verkehrsschwierigkeiten und wegen der Beschäftigung der auswärtigen Organisationen mit Wahlarbeiten verschoben worden. Er wird in zwei bis drei Wochen in Berlin zusammentreten.

Ein Mahnruf zur Einigung.

Unter diesem Titel schreibt unser Geraer Parteiblatt:

„Die am Sonntag stattgehabte, äußerst zahlreich besuchte Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Reuß j. L. (U. S. P.) hat nach eingehender Diskussion die nachfolgende Resolution mit allen gegen 3 Stimmen angenommen:

Wir fordern stürmisch die Vereinigung aller sozialistischen Parteien Deutschlands zu einer Partei.

Die Zentralleitungen müssen sich sofort über die Einberufung eines sozialistischen Einigungskongresses verständigen.

Alle sozialistischen Vereinigungen Deutschlands, die sich offen zum Erfurter Programm bekennen, haben das Recht, sich nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl zu beteiligen.

Andere Vorbedingungen für das Zustandekommen oder die Beteiligung an diesem Kongreß dürfen nicht gestellt werden.

Die Reußische Tribüne hat diesen Beschluß in ihrer nächsten Nummer an erster Stelle zu bringen und daran anschließend die Parteigenossen im Reiche aufzufordern, diesem Einigungsbestreben im obigen Sinne sich anzuschließen.

Gemäß der vorstehenden Resolution fordern wir hiermit die Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, Stellung zu dieser Entschließung zu nehmen und ihre Delegierten zum kommenden Parteitag anzuweisen, sich unseren Einigungsbestrebungen anzuschließen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vergibt sich dabei gar nichts, als ja die Grundlage der Einigung die Anerkennung des Erfurter Programms bildet, die Einigung aber als das Gebot der Stunde zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften erscheint."

Aus der Provinz.

Kein Kohlenmangel
sondern Mangel an Lokomotiven.

Wie uns gemeldet wird, besteht augenblicklich kein Kohlenmangel in unserem Bezirk. Ueberall auf den Gruben, an den Bahnhöfen, lagern große Mengen Kohlen. Im Oberröblinger sowohl als auch im Zeitzer Revier und im Geiseltalbezirk liegen lange Kohlenzüge auf den Bahnhöfen, die des Abtransports harren, was leider wegen Mangels an Maschinen nicht möglich ist. Also sind nicht die Bergarbeiter mit ihren angeblich unberechtigten Streiks die Ursache der Kohlenknappheit, sondern die harten Waffenstillstandsbedingungen der Entente, die wiederum eine Folge der verbrecherischen Politik der früheren reaktionären Machthaber sind.

Mit diesen Feststellungen ist wohl der Beweis erbracht, daß die wirklich Schuldigen an der Kohlenknappheit nicht unter der Arbeiterschaft zu suchen sind, sondern bei sämtlichen Parteien, die an der Kriegshetze und der Kriegsverlängerung schuld sind.

Merseburg. Die Mißstände auf der Fernbahn Halle—Merseburg wurden in der am Montag im Beisein des Regierungspräsidenten stattgefundenen Stadtverordnetensitzung erörtert. Es wurde über die seitens der Stadt gepflogenen Verhandlungen mit der Gesellschaft berichtet und sofortige Beseitigung der haarsträubenden Mißstände gefordert. Man erhob Einspruch dagegen, daß die Gesellschaft mit allgemeinen Redewendungen die Abhilfemaßnahmen in die Länge ziehen wollte. Dieses Laborieren sei nun zu Ende. Unter den ersten Maßnahmen ist die Einführung des 1/4stündigen Verkehrs, Ausbau der Strecke Merseburg—Ammendorf zu einem zweigleisigen Betrieb und weitere Vermehrung der Betriebsmittel. Hierbei wurde ausgeführt, daß der Gesellschaft in Friedenszeiten 15 Wagen zur Verfügung standen, jetzt sind nur noch 9 Wagen in Betrieb. Von der Gesellschaft wurde gefordert, die Instandsetzung der nicht betriebsfähigen Wagen mit allen Mitteln zu fördern und den sofortigen Ausbau der zweigleisigen Strecke Merseburg—Ammendorf in Angriff zu nehmen. Der Regierungspräsident vertrat in energischer Weise diese Forderungen und setzte eine Frist von 14 Tagen fest, um der Gesellschaft nochmals Gelegenheit zu geben, Stellung zu den Mißständen und deren sofortiger Beseitigung zu nehmen.

Schkeuditz. Wahlergebnis. Die Wahl zur preußischen Konstituante zeigte eine schwächere Wahlbeteiligung als die Wahl zur Nationalversammlung. 8765 Wahlberechtigte machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Davon stimmten 2277 für die U. S. P., 387 für die Regierungssozialisten, 1020 für die Demokraten, 8 für die Deutsche Volkspartei und 72 für die Deutschnationale Volkspartei.

Kötschau. Infolge der bevorstehenden Gemeindevertreterwahl ist es erforderlich, daß unsere fällige Mitgliederversammlung schon am Sonntag, den 2. Februar, 4 Uhr nachmittags, stattfindet. Da die Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl aufgestellt werden müssen, ersucht die Distriktsleitung alle Genossen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung findet in Beckers Lokal statt.

Eisleben. An die Parteigenossen des Kreises Mansfeld. Der Parteitag der U. S. P. D. ist um einige Wochen verschoben worden. Die Parteigenossen haben also Zeit, über die auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Beratungsgegenstände ausgiebig zu diskutieren und die Delegiertenwahlen vorzunehmen. Die Vorschlagsliste wird demnächst veröffentlicht.
Der Kreisvorstand.

Oberheldrungen. Vorwärts immer... Mit welchem Eifer in unserem Orte die Werbearbeit für die Unabhängige Sozialdemokratie betrieben wird, zeigen folgende Zahlen. Vor dem Kriege war nicht ein einziger organisierter Sozialdemokrat im Ort. Heute zählt unser junger Verein annähernd 400 Mitglieder. Bei den Wahlen hatten wir 440 Stimmen von 680 abgegebenen, also eine Zweidrittelmehrheit. Am 25. Januar nachmittags veranstalteten auch wir zu Ehren der meuchlings ermordeten Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg einen Demonstrationsumzug, verbunden mit den größten Schwierigkeiten. Die hiesige Kapelle weigerte sich, für „solch einen Verein" zu spielen. Wir mußten uns von Artern Musik besorgen. Die Gesichter, die die Bauern machten, sind nicht zu beschreiben; auch fehlte es nicht an höchst flegelhaften Bemerkungen. Die Zahl der Volksblattleser hat sich wieder um 20 vermehrt, so daß es jetzt 170 sind. Fröhlich und guten Mutes wollen wir weiter arbeiten für die Partei.

Wolfen. Zur Aufklärung! Vor kurzer Zeit ging das Gerücht um, daß die Verwaltung des Volkshauses Jeßnitz den Saal zur Abhaltung einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie verweigert habe. Nach Rücksprache mit der Verwaltung und dem Redner erwies es sich, daß das Gerücht jeglicher Grundlage entbehrte. An dem betreffenden Abend, an dem die Versammlung stattfinden sollte, war der Saal schon anderweitig belegt. Wir bitten die Genossen, Parteifreunde und Einwohner Wolfens hiervon Kenntnis zu nehmen, und das Arbeiterunternehmen, das Volkshaus Jeßnitz, in gewohnter Weise weiterhin unterstützen zu wollen.

Dommitzsch. Das Ende der Dreiklassenstube. In der Stadtverordnetensitzung, welche am 24. Januar stattfand, sollte die Wahl des Vorstandes und der Deputation erfolgen. Genosse Bänisch erklärte, daß die Dreiklassenparlamente in nächster Zeit endlich unter das alte Eisen kämen, da wäre es nicht mehr nötig, noch Wahlen vorzunehmen. Man nahm von der Wahl Abstand. Das Kassenrevisionsprotokoll wurde für richtig erklärt. Als Staatszuschuß für die Gewerbliche Fortbildungsschule sind von der Regierung 241 Mk. eingegangen. Eine Verfügung der Regierung besagt, daß der Arbeiterrat als Kontrollinstanz über sämtliche städtischen Angelegenheiten eingesetzt sei. In einem Schreiben kündigt die Thüringer Gasgesellschaft eine weitere Gaspreiserhöhung an. Erst im vorigen Monat erfolgte eine Erhöhung um 2 Pf., und wie wir aus genauer Quelle erfahren haben, im Februar um 6 Pf., so daß der Gaspreis in Dommitzsch auf 38 Pf. pro Kubikmeter kommen wird. Von der Eisenbahndirektion wurde mitgeteilt, daß der Zug Torgau—Dommitzsch—Pretzsch und zurück wieder fahrplanmäßig eingesetzt ist. Die Fortbildungsschullehrer beantragen Erhöhung ihres Stundengeldes von 1,75 Mk. auf 5 Mk. pro Stunde. Man einigte sich dahin, daß diesen Lehrern 3 Mk. pro Stunde gezahlt werden sollen. Es wurde angeregt, den Fortbildungsschulunterricht bis Ostern wegen Kohlen- und Lichtmangels einzustellen, was auch für richtig befunden wurde. Dem Ackerbürger Wilhelm Jänigen werden für 80 Quadratmeter abgetretenes Straßenland 90 Mk. gezahlt. Eine scharfe Kritik übte Genosse Bänisch an der Festsetzung des Holzpreises durch die Forstkommission, was doch dem Arbeiterrat übergeben war. Dieser hatte als Preis für einen Stangenhaufen 20 Mk. festgesetzt, da es doch fast nur Unbemittelten zugute kommt. Die bürgerlichen Herren hatten natürlich kein Mitleid mit der armen Bevölkerung, denn sie schraubten den Preis auf 30 Mk. in die Höhe. Genosse Bänisch erklärte, daß die Stadt während der langen Kriegszeit so gut wie gar nichts getan habe, so sollte sie doch wenigstens hier zeigen, daß sie auch ein Herz für die arme Bevölkerung habe. Aber nichts war zu machen, nein, sie getrauten sich noch zu sagen, der Landrat hätte erklärt, daß der Kreis Torgau an der Spitze gestanden hätte mit den Unterstützungen. Darüber sollen unsere Kriegerfrauen urteilen. Wie Genosse Bunk richtig anführte werden sie das bei der Stadtverordnetenwahl tun, aber gründlich. Es wurde auch Beschwerde geführt wegen der schlechten Lebensmittelversorgung in Dommitzsch. Soll es doch in Torgau und verschiedenen Dörfern Heringe gegeben haben; nach Dommitzsch kommt nicht einmal Brotaufstrich. Wir verlangen Gleichberechtigung.

Annaburg. Bei der Preußenwahl wurden hier abgegeben für die Unabhängige Sozialdemokratie 752 Stimmen, Regierungssozialisten 461, Demokraten 366, Deutsch-Nationalen 159, Dietrich 18.

Wittenberg. Einen tödlichen Unglücksfall erlitt der in der Kohlenhandlung Triebel beschäftigte Arbeiter Brochwitz. Er fuhr mit einem Gespann nach dem Bahnhof, in der Nähe der Töpferstraße glitt er infolge des sich an den Stiefelsohlen angesetzten Schnees von dem Wagen ab und fiel unmittelbar hinter die Pferde, wobei eines derselben B. auf den Kopf trat. Hierbei erlitt B. einen Schädelbruch, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte hinterläßt neun Kinder.

Seyda. Bahnprojekt. Am vergangenen Freitag fand eine Stadtverordneten-Sitzung unter Zuziehung des Arbeiter- und Bauernrats statt. In ihr wurde das vom landwirtschaftlichen Verein vorgelegte Gesuch zur Herbeiführung einer Vollbahn Schlieben—Schönewalde — Holzdorf—Schweinitz—Jessen und Seyda und weiter zur Berliner Bahn, endend in Niemegk oder Belzig besprochen. Es wurde beschlossen, den Antrag dem Kreisausschuß weiterzugeben. Nach allgemeiner Ansicht ist die Notwendigkeit einer Vollbahn für Seyda nicht nur gegeben, sondern ihre Ausführung wird als eine der wichtigsten und eiligsten Notstandsarbeiten angesehen.

Dessau. Gründung eines Parteivereins der U. S. P. Auch in unserer Stadt, der Hochburg der Peus-Heine, hat die Unabh. Soz. Partei nun endlich eine Bresche gebrochen. Es ist ein schwerer Kampf, in welchen wir uns befinden, aber um so größer wird auch der Erfolg sein. Unsere erste Versammlung, in welcher Genosse Kunert sprach, versuchten die Mehrheitssozialisten mit ihren Sprengkolonnen zu sprengen. Es gelang ihnen aber nicht, trotzdem sie alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten. Der Erfolg des flegelhaften Auftretens des Herrn Staatsrats Heine war lediglich der, daß mindestens 400 Personen unsere Ausführungen in Ruhe anhörten und ein großer Teil sich zur Mitarbeit bereit erklärte. Die zweite Versammlung, in welcher die Genossin Fahrenwald-Berlin sprach, war von zirka 500 Personen besucht. Sprengversuche wurden, da sie aussichtslos waren, nicht gemacht. Trotz der kurzen Zeit, die uns für unsere Arbeit zur Verfügung stand und trotzdem wir aller Mittel bar waren (Stimmzettel usw.), erreichten wir doch 425 Stimmen in Dessau und etwa 1100 Stimmen im ganzen Wahlkreis Anhalt I. Eine arbeitsfähige Ortsgruppe ist im Aufblühen und wird ihre Pflicht tun.

In der Gründungsversammlung am 23. Januar wurden als Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Hugo Jakoby, Franzstraße 2 (Telephon 854), 2. Vorsitzender Fritz Kause, Askanischestraße 79, Schriftführer Ewald Kaiser, Neumarktstraße 7, Kassierer Karl Becker, Turmstraße 3, und mehrere Genossen und Genossinnen als Beisitzer. Gleichzeitig wurde für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl ein Agitationsausschuß gebildet. Ebenso wurde eine große Leserzahl für das Hallische Volksblatt gewonnen.

Genossen und Genossinnen, somit ist auch der Anfang in der Hochburg des Regierungssozialismus in Dessau gemacht. Möge nun jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tun. Vor allem gilt es auch unsere unabhängige Parteipresse hier im Orte zu verbreiten. Wir haben hier in Dessau noch ein großes Arbeitsfeld vor uns. Viele stehen mit dem Herzen auf unserer Seite, diese gilt es für uns zu gewinnen. Trotz aller Hetzereien des „Volks"blattes für Anhalt wird und muß es vorwärts gehen. Sämtliche Zuschriften bitte an den obengenannten Vorstand zu richten. Das Parteilokal befindet sich in der Askanischenstr. 79 (Prinz Eugen).

Briefkasten der Redaktion.

F. L. Die Adresse des Zimmererverbandes in Halle ist Reinh. Brünner, Meckelstraße 22.

A. B. 1000. An sich war nach dem BGB. die Kündigung der Wohnung am 2. Januar zulässig. Wenn Sie aus irgendeinem Grunde nicht ausziehen wollen, mußten Sie innerhalb einer Woche das Mieteinigungsamt (für Ihren Ort das zuständige Amtsgericht) anrufen.

O. H. L. Ein gemeinschaftliches Testament kann von einem der beiden Elternteile allein nicht geändert werden.

B. S. Die Bestrafungen am 23. Dezember fallen nicht unter die Amnestie, da diese nur Anwendung hat auf solche Urteile, die bis zum 17. Dezember rechtskräftig wurden. Es kann aber ein Gesuch um Erlaß oder Milderung der Strafe an das Justizministerium in Berlin gerichtet werden.

B. 5. Sie können eine Klage auf Räumung der Wohnung bei Gericht einbringen.

Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei, G. m. b. H.

Der Lotse und sein Weib.

201 Roman von Jonas Lie. Nachdr. verb.

Fünfzehntes Kapitel.

Vor einer leichten Nachmittagsbrise glitt die Juno aus dem Meer in den engen Einlauf von Rio Janeiro, einen der schönsten der Welt; die wunderbare Pracht der Natur machte auf Salve einen so gewaltigen Eindruck, daß ihn eine Art Reue über seinen Entschluß, zu entfliehen, überkam.

Als die Hafenbeamten an Bord kamen, arbeitete der Brasilianer ruhig unter den andern Matrosen, und sie merkten nicht, daß in der vom Kapitän angegebenen Mannschaftszahl ein Ueberschüssiger war. Salve hatte ihm Kleider geliehen.

Der Hafenlotse, ein aufgeblasener Mulatte in einem Panamahut mit Tuff, und mit Schild und Stab, merkte jedoch bald, daß unter der Besatzung Unzufriedenheit herrschte; und gewiß fanden sich auf seinen Wink schon am gleichen Abend Ouqi Runners bei ihnen ein. (Runner sind ungern gesehene Agenten, welche die Matrosen verlocken, zu entweichen, ihr Geld zu vertun usw.)

Kapitän Beck war mit sich und der Mannschaft unzufrieden. Im warmen Klima war er immer heftig; oft suchte er sich in anerkennenswerter Weise zu beherrschen, doch folgten darauf nur um so heftigere Ausbrüche.

Jener Brief seines Sohnes hatte ihn erbittert, und nun, da er seine Autorität gekränkt glaubte, war er unbeugsam geworden.

Die Matrosen, die daran dachten, das Schiff zu verlassen, hielten es für angemessen, zu warten, bis sie, wie es im Hafen gewöhnlich geschieht, einen Teil ihrer Heuer ausgezahlt bekamen, doch Salve und der Brasilianer waren schon in der zweiten Nacht verschwunden.

Man stellte unter dem Beistand der Hafenpolizei scharfe Nachforschungen an, insbesondere bei jenem Runner, den man mit der Mannschaft hatte sprechen sehen. Allein dieser zeigte bei der Hausdurchsuchung ein so freies Gewissen, daß die Polizei meinte, daß er nicht dabei beteiligt sein könne.

Von nun an verstärkte Beck in der Nacht die Wachen mit den verläßlichsten seiner Leute, holte jeden Abend weiter weg vom Kai und verweigerte jeglichen Urlaub. Nun habe er seinen Lohn dafür, bmerkte er bitter, daß er jenem rotjackigen Gaudieb geholfen, der ihm zum Entgelt seinen besten Mann mitgenommen habe.

Daß Salve entwichen, ärgerte den Kapitän mehr, als er sich zugestand. Er hatte seinem Versprechen gemäß dafür gesorgt, daß jener bei der Ausfahrt vom ersten Steuermann die Navigation erlernte, und dabei hatte er den Plan gehabt, Salve zum Führer der Juno zu machen, sobald er sich einmal zurückzog. Denn er fühlte wohl, daß er nie einer redlicheren, verläßlicheren Natur begegnet war, und überdies besaß Salve eine ungewöhnlich Begabung.

Seine Hoffnung, der Brasilianer sei der Mann, ihm fortzuhelfen, sobald sie im Hafen waren, hatte Salve bald bestätigt gefunden, und er hatte verstanden, sich denselben auf mannigfache Art zu verpflichten. Ehe sie das Schiff verließen, nahm er seine silberne Uhr, ritzte in dieselbe mit der Messerspitze „Zur Erinnerung an Salve Kristiarsen" und steckte sie Nils Buvaagen in die Westentasche. Dieser schnarchte laut und vernehmlich in der Nebenkoje. Von der Deckwache nicht bemerkt, kletterten die beiden Männer dann in der stillen Nacht über das Landtau auf den Kai.

Salves Begleiter schien mit den Lokalitäten wohl vertraut und zugleich sehr furchtsam zu sein; denn sie mieteten alle erleuchteten Straßen und hielten oft an dunklen Plätzen an, um nach der Nachtwache zu spähen.

Eine Stunde lang waren sie durch enge Gassen gewandert; da begannen die Häuser mit Gartenmauern abzuwechseln. Zweige von Pomeranzenbäumen hingen über dieselben und verbreiteten ihren starken Duft in der stillen Nacht. Sie waren in der Vorstadt Catumby angelangt und sollten nun über einen offenen Platz in die andere Vorstadt Mata-Porcas. Auf einer Seite erblickte man ein festungsähnliches, mit Steinmauern umgebenes Gebäude auf einer Anhöhe. Salves Kamerad zeigte sich überaus ängstlich und sagte, dies sei die Strafanstalt, um welche stets eine Patrouille streife. Nach einem weiteren halbstündigen Marsche hielt er endlich vor einer Gartenmauer, durch die ein kleines Pförtchen führte. Er schaute sich vorsichtig um und sagte fieberhaft erregt: „Hier müssen wir hinüber, — dann sind wir in Sicherheit!"

Er stieg auf Salves Rücken und zog den Freund nach sich auf die Mauer. Mit einem Sprung war er im Garten unten und begann sich nun wie wahnsinnig im Gras zu kugeln, indem er fortwährend rief: „Salvado! Salvado!" — hierauf eilte er zu dem kleinen Haus, das von Bäumen halb versteckt da lag, klopfte auf eigentümliche Art an die Türe und rief: „Paolina! — Paolina!"

Ein Frauenzimmer im Nachtgewand, mit einer jugendlichen, wenngleich etwas tiefen Stimme, öffnete die Jalousien und steckte den Kopf heraus.

„Federigo!" sagte sie zitternd, und nun wechselten die beiden in spanischer Sprache ein paar hastige Fragen und Antworten, die Salve nicht verstand. Er merkte bloß, daß sie stutzte, als sie einen Fremden sah, und daß jener sie durch das Wort „amigo" und eine kurze Erklärung beruhigte.

Eilend schloß sie auf, fiel Federigo leidenschaftlich um den Hals, küßte ihn auf beide Wangen und schluchzte. Dann bot sie nach Landesbrauch auch Salve die Wange hin und schien erstaunt, als dieser ihr nur seinen ... reichte, nickte und halb englisch, halb spanisch zurief: „Good evening, Senorita!" Nun erinnerte sie sich erst, daß sie in der Aufregung ihre Mantilla vergessen, und lief hastig weg.

Paolina war die Schwester von Federigo Nunez. Sie, ihre alte Mutter und eine noch ältere Mulattin, die einst ihre Amme gewesen, bewohnten das Haus ganz allein. Bald trat sie wieder ein und brachte auf einem Brett Licht, Brot, Wein und Früchte. Sie setzte sich an den Tisch, legte den Arm auf die Schulter des Bruders und hörte teilnehmend an, was jener mit lebhaften Gebärden erzählte. Sie mußte wohl meinen, daß die beiden halb verhungert seien; denn unaufhörlich schob sie ihnen das Brot zu.

Während Federigo erzählte, schien ihr Gesicht der lebende Spiegel seines Berichts. Plötzlich überzog eine leidenschaftliche Blässe ihr Antlitz und die schwarzen Augen blitzten. Sie stieß gewaltsam mit der Hand in die Luft, als ob sie jemand einen Dolchstoß versetzte, und lachte, mit zurückgeworfenem Nacken höhnisch triumphierend, so daß ihre Zähne hervorschimmerten. Salve merkte, daß der Bruder in Montevideo einen oder den andern getötet habe, vermutlich um sich zu retten, und daß er befürchtete, die Polizei in Rio sei davon unterrichtet.

Salve saß und betrachtete Paolina. Sie war ein elastisch schlankes Weib, anmutig und mit schwellenden Formen, eine dunkle Schönheit von jenem Schlage, den nur der Süden besitzt, mit wundersamer Lebhaftigkeit im Antlitz und in den funkelnden Augen. Allein das Mienenspiel, das an den Bruder erinnerte, schien ihm unweiblich, und schon die Art, wie sie mehrmals den Blick auf ihm ruhen ließ, hatte ihn abgestoßen. Wie es geschah, wußte er nicht; jedoch plötzlich wurde ihm Elisabeths tiefes, reines, nordisches Gesicht so gegenwärtig, daß er es hätte zeichnen können.

Das wenig Schmeichelhafte, das Salves Miene unwillkürlich ausdrückte, während er diesen Vergleich anstellte, ward zufällig von Paolina bemerkt, die ihm eben in ihrer feurigen Art für alles danken wollte, was er, wie sie gehört, für ihren Bruder getan. Einen Augenblick stutzte und schwankte sie; etwas Bleiches, Heftiges zuckte in ihren Zügen auf und das Auge blickte ihn ganz eigentümlich an. Sie trat zu ihm hin, ergriff seine Hand, so wie sie es ihn bei der Begrüßung hatte tun sehen, und sprach dann ziemlich kalt einige Worte, die ihren Dank ausdrücken sollten. Sie sah ihn auch nicht an, als sie ihm gute Nacht wünschte, sondern weckte bloß das alte Mulattenweib, das ihnen im Nebengemach ein paar Binsenbetten bereitete. Federigo war indessen zu seiner Mutter gegangen, und Salve hörte, daß eifrig gesprochen wurde.

In Salves Gemüt war nun unerwartet wieder heraufbeschworen, was er am liebsten vergessen hätte, und lange Zeit lag er mit seinen schweren Gedanken an Elisabeth wach. Dann aber träumte er, er sei in ein Schlangennest geraten und bestehe einen ernsten Kampf mit einer großen Schlange, die aus der Luft herab, von Dach und Wänden nach ihm stach und in deren funkelnden Augen er schließlich die Augen Paolinas erkannte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190129-15/fragment/page=0003

Oeffentl. Soldatenversammlung

am Freitag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27.

Stellungnahme zur Uebergabe der Kommandogewalt an das Kriegsministerium.

Rangabzeichen. — Grußpflicht.

Kameraden! Erscheint alle in der Versammlung und bekundet den entschlossenen Willen, eure endlich errungene Gleichberechtigung als Staatsbürger zu erhalten.

4779 Der Einberufer.

Allg. Konsum-Verein Halle u. Umg.

Infolge der eingetretenen Gassperre sind wir genötigt unsere Verkaufsstellen in der Altstadt Halle vorläufig **nachmittags 4 Uhr** zu schließen.

Dafür bleiben diese **mittags von 1 bis 3 Uhr** geöffnet.

Die Verkaufsstellen **Reilstraße, Eichendorffstraße, Schleifweg, Dölauerstraße** (Kröllwitz) und **Petersbergstraße** (Trotha) bleiben wie bisher von vormittags ½9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Wir bitten unsere verehrten Mitglieder, sich mit der vorübergehend getroffenen Maßnahme abzufinden und mit ihren Einkäufen entsprechend einrichten zu wollen.

4765 **Der Vorstand.**

Verband der Gastwirtsgehilfen, Halle (S.)

Donnerstag, den 30. Januar, abends 10 Uhr, (gleich nach Geschäftsschluß) in „Stadt Leipzig", Martinstraße 16:

General-Versammlung

Tagesordnung: 4775

1. **Kassen- und Revisionsbericht.**
2. **Unsere tarifliche Lohnbewegung und ihre Folgen.**
3. **Verbandsangelegenheiten.**

Kollegen, wir erwarten, daß Ihr in dieser Versammlung allesamt pünktlich erscheint, denn es stehen uns, ehe wir unser Recht durchgesetzt haben, noch schwere Kämpfe bevor.

Die Ortsverwaltung.

Eilenburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Freitag, 31. Januar, abends ½8 Uhr, in der „Quelle":

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag. 2. Die Stadtverordnetenwahlen. 3. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erforderlich.

*2770 Der Vorstand.

Achtung! **Niemegk.** Achtung!

Alle Einwohner von **Niemegk**, welche sich der **Sozialdemokratischen Partei (U. S. P.)** anschließen wollen, werden ersucht, sich am **Freitag, den 31. Januar,** im **Kleinschen Lokal** einzufinden.

*2775 **Der Einberufer: Müller.**

Kons.-Verein f. Dieskau u. Umg.

*2771 **Sitz Zwintschöna.**

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Zur Ergänzung der Bilanz.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 1. Oktober 1917	10 010.96 Mk.
Dieselben vermehrten sich im Laufe des Jahres um	583.29
Die Geschäftsguthaben betrugen am 30. September 1918	10 594.25 Mk.

Der Vorstand:
Franz Sattler. Wilhelm Hauchild. Paul Egert.

Einschränkung des Frachtstückgutverkehrs.

Frachtstückgutsperre vom 30. Januar bis einschließlich 1. Februar. Dringende Lebensmittel als Eilgut aufliefern.

Halle a. S., den 29. Januar 1919. *2777

Eisenbahn-Verkehrsamt.

Deutscher Bauarbeiterverband

(Zweigverein Halle a. d. S.)

Sonntag, 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkspark:

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1918 sowie Jahresbericht für 1918.
2. Neuwahl sämtlicher Funktionäre des Zweigvereins.
3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht zu dieser wichtigen Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. 4788

Der Vorstand.

4044

Lumpen

Alteisen, Metalle, Knochen, Papier

kauft laufend zu höchsten Preisen

Philipp Schwabach,

Lumpen-Sortieranstalt.

Tel. 6237. **Raffinerlestr. 44.** Tel. 6237.

Warme Hausschuhe, Ball- und Tanzstundenschuhe

können Sie sich **selbst anfertigen** in den Privat-Lehrgängen bei 4767

Frau M. Steinberg.

Anmeldungen **Delitzscher Strasse 74.**

Faust-Handschuhe,

warm gefüttert u. dauerhaft gearbeitet, verkauft auch in Partien

J. Sternlicht,
Alter Markt 11.
Tel. 1388. *2747

Steinpilze 1918 er

Schöne, helle, gut getr. Ware
Feinschnitt Pfd. Mk. 12.50
Grobschnitt Pfd. Mk. 12.—
Speisepilze Pfd. Mk. 5.—
i. Postpaketen p. 9 Pfd. frko. Nachn., in Originalkisten v. 40 Kg. netto billig., abfällige Ware f. Konservenfabriken mehrere 100 Ztr. hat abzugeb.
William Füge, Plauen.
Ruf 3939. *2541

Aufruf!

Ist vielleicht ein Kamerad da, der mir über die letzten Stunden meines Mannes Auskunft geben könnte. Derselbe,

Otto Urbansky, *2767

soll am 2. Juli 1915 in Russisch-Polen in der Gegend der Stadt Zamos (Samottje) gefallen sein. Er diente beim **Kaiser Alexander-Garde-Gren.-Regt. Nr. 1, 2. Komp.**

Alle Unkosten werde ich gern übernehmen.

Frau Toni Urbansky geb. Hauptmann,
Klostermansfeld (Reg.-Bez. Merseburg) **Luisenstr. 25.**

Fahrplanänderung.

Vom 1. Februar d. J. ab fallen folgende Züge fort:

2147	W	Teutschenthal	ab 7³⁵	Salzmünde	an 7⁵⁰
2148	W	Salzmünde	ab 8¹⁵	Teutschenthal	an 8³⁰
2161	W	Lauchstedt	ab 5¹⁵	Schlettau	an 5³²
2170	W	Schlettau	ab 6³⁸	Lauchstedt	an 7²¹

Gleichzeitig werden die Züge 8800 a W und 8895 a W wie folgt verlegt:

8800 a W	Schlettau	ab 6⁵⁵	Lauchstedt	an 7¹²
8895 a W	Lauchstedt	ab 6⁵⁰	Schlettau	an 7¹⁶

*2774 **Eisenbahndirektion Halle.**

Kanin-, Hasen-, auch alle ander. Sorten Felle kauft zu hohen Preisen **Franz Malle, Kleine Ulrichstr. 3. Tel. 4377.** Felle werden gegerbt.

Hasen-, Kanin- und andere Sorten Felle kauft zu **höchsten Preisen**

A. Weise,
Rannischestr. 1. Tel. 1667.

---

*2731 **Pferde z. Schlachten** kauft ständig jede Anzahl. Bei Notschlachtungen schnellste Bedienung.

Max Zaubitzer,
Steinweg 52. Fernruf 3615.

Gegen 4591

Haarausfall

echt Nettle, v. F. A. Funke, nach 3mal. Anwend. sichtbar Erfolg. Nettle hat ganz Kahlköpfige nachweisl. vollständig wieder hergestellt. Nettle hat großen Erfolg bei Feldgrauen mit kahlen Flecken.

Germania-Drogerie,
Gr. Ulrichstr. 51, Kaisersäle.

Armee-Dauer-Batterie
1.75 Mk. 4522
Sobel, Steinweg 45, Reilstraße 1.
Ammendorf: Bahnhofstr. 3.

Bettnässen! 4681
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst.
Institut „Aurora",
Reichartshausen a. Ilm 77a, Oberb.

Platt-, Senk- und Hohlfuss-Stütz-Einlagen.

Ferner: 4766
Fersen-Einlagen.
Mittel geg. Ballen, Schwielen, Hornhaut und Hühneraugen.

C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Fellsammler erhalten Höchstpreise. Annahme von Kaninchenfellen zum Gerben.

Gebr. Danglowitz, Fellhdlg.,
Fischerplan 2. 4512

Kostüme, Mäntel, Kleider u. Blusen fertigt an **E. Leisering,** Schneiderin, Neue Promenade 2, Hof p. r. **Alte Sachen werden sauber verarbeitet.** 4771

Gebr. Sitz- u. Liegewagen zu verkaufen. 4770
Pfännerhöhe 34 III r. B.

Ansichts-postkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Stuhlsitze 4521
aus Holz, in all. Größen.
Max Sobel,
Steinweg 45. Reilstraße 1.
Ammendorf: Bahnhofstr. 3.

Verkaufe sofort solange Vorrat reicht:
Speisezimmer von 1950 Mk. an
Schlafzimmer von 980 Mk. an
Kücheneinricht. v. 395 Mk. an
Versandt nach allen Bahnstat.

Möbelhaus Große, Leipzig,
Liebigstrasse 81, 2291
(Ecke Nürnbergerstr.).

Wie erhalte ich als **Kriegsbeschädigter** oder als **Kriegerswitwe** eine **Kapitalabfindung** anstelle von Kriegsversorgung?

Preis 75 Pfg. Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,**
Halle a. S., Harz 42/44.

Bekanntmachung.

Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Zur Ermittlung des Ergebnisses der Wahl am 26. ds. Mts. wird der Wahlausschuß **am Sonnabend, den 1. Februar 1919, vormittags 9 Uhr** zu einer öffentlichen Sitzung in dem Sitzungssaale des Bezirksausschusses in Merseburg, Regierungsgebäude, Erweiterungsbau, zusammentreten.

Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt. 4772

Merseburg, den 27. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, 13. Wahlkreis.

Dr. **Knoblauch,** Regierungsrat.

Bekanntmachung.

Am 13. Januar 1919 hat ein unbekannter Angehöriger des Füsilier-Regiments 36 aus dem Stall des Reitervereins 5 Pferde des I. Bataillons Füsilier-Regiments 36 unter Vorzeigung eines Ausweises widerrechtlich abgeholt. Es handelt sich dabei um folgende Pferde:

1. Dunkel-Fuchs, Blesse,	Nr. 214,	Alter 10	Jahre,	Wallach
2. Schimmel,	Nr. 226,	„ 10	„	„
3. Apfelschimmel,	Nr. 227,	„ 11	„	„
4. Rappe, Stern,	Nr. 150,	„ 11	„	„
5. Fuchs, Blesse,	Nr. 221,	„ 12	„	„

Vor Ankauf der Pferde wird gewarnt.

Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib derselben sind zu richten an 4764

Garnison-Kommando Halle a. S.

Veterinäre,

welche bereit sind, sich für den

Grenzschutz Ost

zur Verfügung zu stellen, wollen sich baldigst melden beim *2778

Generaloberveterinär Brose,
Korpsveterinär des IV. A.-K., Magdeburg,
Generalkommando IV. A.-K. Fürst Leopoldstraße, Viktoriaschule Zimmer 42.

Mode-Zeitungen in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle. Harz 42/44.

Merseburg.

Roßfleisch- und Fleischwarenverkauf

findet am 29. Januar 1919,

bei Hoffmann, Brühl 6:

vorm.	von 9—10	Uhr auf die Ordnungs-Nrn.	1001—1100
„	„ 10—11	„	1101—1200
nachm.	„ 2—3	„	1201—1300
„	„ 3—4	„	1301—1400
„	„ 4—5	„	1401—1500

bei Möbius, Tiefer Keller 1:

vorm.	von 9—10	Uhr auf die Ordnungs-Nrn.	1501—1600
„	„ 10—11	„	1601—1700
nachm.	„ 2—3	„	1701 1800
„	„ 3—4	„	1801—1900
„	„ 4—5	„	1901—2000

bei Naundorf, Oberbreitestr. 6:

nachm.	von 1—2	Uhr auf die Ordnungs-Nrn.	2001—2100
„	„ 2—3	„	2101—2200
„	„ 3—4	„	2201—2300
„	„ 4—5	„	2301—2400
„	„ 5—6	„	2401—2500

statt. Ein Anspruch auf eine besondere Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 28. Januar 1919. *2764

Das städt. Lebensmittelamt. L. A. I. 107/19.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 3. Februar bis 9. Februar 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:

100 gr. Nudeln zum Preise von 15 Pf. auf Bezugschein Nr. 15, 1 Pfund Möhren zum Preise von 15 Pf. auf Bezugschein Nr. 16, 150 gr. Kunsthonig zum Preise von 24 Pf. auf Bezugschein Nr. 17.

Abgabe der Bezugscheine Nr. 15 bis einschließlich 17 am Mittwoch, den 29. Januar und Donnerstag, den 30. Januar 1919.

In der Volks- und Mittelstandsküche und in den Gastwirtschaften sind für Mittagessen abzugeben: Bezugschein und Quittung Nr. 15.

Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 31. Januar 1919, mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware von Donnerstag, den 6. Februar bis einschließlich Sonnabend, den 8. Februar 1919 gegen Abgabe der Quittungsabschnitte. *2765

Merseburg, den 27. Januar 1919.

L. A. II. 242/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Delitzsch.

Verkauf der Restbestände von Marmelade.

Von Freitag, den 31. Januar ab, können die Restbestände von Marmelade, das Pfund zu 1 Mk., freihändig, in beliebigen Mengen, an Jedermann abgegeben werden.

Diejenigen Haushaltungen, die auf die **Abschnitte Nr. 12 und 13** ihre Marmelade noch nicht geholt haben, werden ersucht, dies nun sofort zu tun. Es soll ihnen dazu noch bis **einschließlich Donnerstag, den 30. Januar,** Gelegenheit gelassen werden.

Verkaufsstellen, die mit ihren Vorräten (Fässer, Kisten) geräumt haben und noch Bedarf haben, können sich, je nach ihrer Größen-Gruppen-Zugehörigkeit, noch 15, 30, 45 oder 60 Pfund bei **Firma Franz Naumann,** gegen **Barzahlung** aus der 5 Faß-Reserve abholen lassen.

Delitzsch, den 29. Januar 1919. *2762

Der Magistrat.

Verkauf von Salzheringen.

Am Mittwoch, den 29. d. M., werden bei **Bültemann, Fleischer, Martin** auf die **Nummern 43—500 der Lebensmittelscheine,** und zwar auf **Abschnitt Nr. 48,**

pro Kopf etwa 125 Gramm Salzheringe, das Pfund zu 1.40 Mk.,

abgegeben. Einwickelpapier ist mitzubringen. **Anstellen** ist verboten. (V. K.-Abschnitte gelten voll.)

Delitzsch, den 28. Januar 1919.

*2763 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190129-15/fragment/page=0004
DFG

Glänzender Wahlsieg.

Acht Unabhängige im Wahlbezirk Merseburg-Erfurt.

Nach dem nunmehr endlich vorliegenden amtlichen Ergebnis der Wahl im Wahlkreise Merseburg-Erfurt-Schmalkalden für die preußische Landesversammlung erhielten:

im Regierungsbezirk Merseburg:

Unabhängige	268 823	Stimmen
Regierungssozialisten	89 240	„
Demokraten	157 438	„
Deutschnationale	79 181	„
Deutsche Volkspartei	11 658	„
Christliche Volkspartei	6 595	„

im Regierungsbezirk Erfurt:

Unabhängige	75 191	„
Regierungssozialisten	49 128	„
Demokraten	47 953	„
Deutschnationale	39 146	„
Deutsche Volkspartei	506	„
Christliche Volkspartei	45 468	„

im Kreis Schmalkalden:

Unabhängige	6 504	„
Regierungssozialisten	7 123	„
Demokraten	3 710	„
Deutschnationale	1 847	„
Deutsche Volkspartei	9	„
Christliche Volkspartei	74	„

Es entfielen somit insgesamt im Wahlkreise auf

die Unabhängigen	350 518	Stimmen
die Regierungssozialisten	144 561	„
die Demokraten	208 401	„
die Deutschnationalen	190 124	„
die Deutsche Volkspartei	12 263	„
die Christliche Volkspartei	52 135	„

Demnach haben erhalten:

Unabhängige	8	Sitze
Regierungssozialisten	3	„
Demokraten	5	„
Deutschnationale	2	„
Christliche Volkspartei	1	„

während auf die Deutsche Volkspartei kein Sitz entfallen ist.

Es sind von der Unabhängigen Partei gewählt die Genossen: Redakteur Paul Hennig-Halle, Redakteur Heinrich Mehrhof-Erfurt, Parteisekretär Joseph Winbau-Zeitz, Genossin Christine Hohn-Erfurt, Parteisekretär Artur Sämisch-Schleusing, Redakteur Johannes Kleinfnabn-Nordhausen, Zigarrenmacher Wilhelm Christange-Eisleben und Kaufmann Gustav Menzel-Halle. Für die Regierungssozialisten sind gewählt: Bezirksleiter Garbe-Halle, Gewerkschaftsbeamter Krüger-Merseburg und Arbeitersekretär Schrader-Erfurt. Die Deutschdemokraten entsenden Professor Abderhalden-Halle, Lehrer Degenhardt-Erfurt, Güterverwalter Höfler-Halle, Redakteur Nebelung-Nordhausen und Rechtsanwalt Schreiber-Halle; die Deutschnationalen: Rektor Herrmann-Friedersdorf, und Kaufmann Fuchs-Erfurt, das Zentrum Lehrer Dietrich-Halle.

Trotz der allgemein in die Erscheinung tretenden geringeren Wahlbeteiligung hat der Bezirk Merseburg seinen guten Ruf als Hochburg der Unabhängigen Partei gewahrt. Mehr als Zweidrittel aller Stimmen für den konsequenten Sozialismus sind hier aufgebracht worden. Wie bei der letzten Wahl, so hat auch diesmal die Unabhängige Sozialdemokratie als einzige Partei eine Frau gewählt. Alle übrigen Parteien, einschließlich der Regierungssozialisten, haben Frauen nur an völlig aussichtslose Stellen gesetzt und dadurch nur zum Ausdruck gebracht, daß sie damit nur Frauenstimmen erschleichen wollten. Recht charakteristisch ist die bedeutend geringere Wahlbeteiligung und die damit verbundene Abnahme der Stimmen für fast sämtliche Parteien. Im engeren Bezirk Merseburg hat unsere Partei einen Rückgang von rund 25 000 Stimmen zu verzeichnen, Prozentual noch mehr verloren hat die Liste Garbe (19 818). Einen geringen Zuwachs hat das Zentrum und die Deutschnationalen, also die schwärzeste Reaktion des alten Preußen, zu verzeichnen. Die Gründe für die allgemein in die Erscheinung tretende schwächere Wahlbeteiligung dürften zu suchen sein in der Tatsache, daß viele Wähler, die die preußische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, glaubten, nicht wahlberechtigt zu sein. Aber noch ein anderer Grund liegt vor, nämlich der, daß es unserer Partei nicht möglich war, in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit von einer Woche die Wählermassen des weitausgedehnten Bezirks über die hohe Bedeutung der Preußenwahl aufzuklären. Während die Gegner eine rege Versammlungstätigkeit entfalteten, konnten wir infolge des Rednermangels nur einige wenige Versammlungen abhalten. Gerade in den letzten Tagen wurde eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Wahlmachern entfaltet; besonders die Deutschnationale Volkspartei, die das Sammelbecken für alle konservativ-alldeutschen Reaktionäre bildet, und nicht minder die Deutschdemokraten — die früheren „Liberalen" — entfalteten in bürgerlichem Einvernehmen eine solch gemeine Hetze gegen unsere Partei und unsere klaren Programmforderungen, daß die berüchtigten Reichsverbandsmanieren noch um ein gewaltiges übertroffen wurden. Hinzu kommt noch, daß in den zahllosen Kreis- und bürgerlichen Ortsblättern den Gegnern willige und einflußreiche Wahlhelfer und Stimmenfänger zur Seite stehen. Ueber diese Seite des Wahlkampfes wird noch an anderer Stelle zu reden sein.

Jedenfalls hat auch die Preußenwahl gezeigt, daß der Sozialismus marschiert, und unsere Genossen werden schon alle ihre Kräfte anspannen. Mit dem Marschtempo nicht durch offene und verkappte Reaktionäre aufgehalten wird. Dazu bietet sich schon eine willkommene Gelegenheit bei den bevorstehenden Wahlen zu den Gemeindeparlamenten. Da sollen die müssigen Dreiklassensuhen gründlich ausgefegt werden von einem Mist, der zum Himmel stinkt. Vorwärts, alle Mann auf die Posten zu neuem Kampf!

Allerlei.

Der Luftdienst Paris—London. Unter dem Oberkommando des Majors Edwards entwickelt sich der Luftdienst Paris—London außerordentlich rasch. Es ist ein hauptsächlich militärischer Dienst. Nur Militärpersonen, die einen amtlichen Auftrag haben, können ihn benutzen. Der Start findet statt um 9 Uhr. Die Passagiere werden mit Flugausrüstung und Rettungsapparaten versehen. Der Ankunftsort für das Flugzeug ist Hendon, nahe bei London. Jeder Flug dauert ungefähr 3½ Stunden. Darin ist die Autofahrt von Paris nach Bac, dem Startort in Frankreich, und ebenso die Autofahrt von Hendon nach London eingerechnet. Die Höchstleistung zwischen diesen beiden Orten ist von Major Petersen geschlagen, der die Ueberfahrt in 2 Stunden 5 Minuten bewerkstelligte. Die offiziellen Briefe werden ebenfalls von dem Luftdienst Paris—London und zurück befördert.

Die chinesische Regierung gegen die Opiumpest. Die Times meldet aus Schanghai, daß die Hälfte der übriggebliebenen Opiumvorräte, die die chinesische Regierung im vorigen Jahre gekauft hat, von der Regierung jetzt verbrannt worden ist. Die andere Hälfte wird ebenfalls unverzüglich verbrannt werden. Der Wert der Ware beträgt 28 Millionen Dollar. Die Regierung hat die Verbrennung beschlossen, um ihrem Willen, das Opium aus China zu verbannen, Ausdruck zu geben.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. Januar 1919.

Die Mitgliederversammlung

des Sozialdemokrat. Vereins für Halle u. Saalkreis, die heute abend im Volkspark stattfindet, muß, ihrer außerordentlichen Wichtigkeit wegen, von allen Parteimitgliedern besucht werden. Sie beginnt mit Rücksicht darauf, daß die Polizeistunde bereits um 9½ Uhr eintritt,

pünktlich um 7 Uhr.

Konferenz der A.- und S.-Räte im Bezirk Merseburg.

Wohl gegen 250 bis 300 Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Bezirk Merseburg haben sich heute im unteren Saale des Volksparks auf die Einladung des Bezirksarbeiterrates eingefunden. Es sind außerdem anwesend je ein Vertreter des Exekutiv-Ausschusses des 4. A.-R. und der Bezirksräte Jena und Leipzig. Aus verschiedenen anderen Bezirken sind die eingeladenen Vertreter noch nicht eingetroffen, was wohl zum Teil auf die schlechten Verkehrsverhältnisse zurückzuführen ist. Es fehlen unter anderm auch noch Vertreter des Generalrats und des Vollzugs-Ausschusses von Berlin, denen ebenfalls Einladungen zugingen.

Gegen 9 Uhr wird der Kongreß durch den Genossen Koenen eröffnet. Er heißt die Erschienenen im Namen des Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrats Merseburg willkommen und fährt fort: Die Wahlen zur Nationalversammlung sind erfolgt, ihr Ergebnis ist bekannt. Es gilt daher, jetzt Stellung zu nehmen, um sich darüber klar zu werden, welches unsere Meinung darüber ist und was wir nun weiter zu tun gedenken. Wir haben hier zu entscheiden, ob wir damit zufrieden sind, daß die Revolution jetzt bereits am Ende angelangt ist, oder ob sie fortgetrieben werden soll bis zu ihrem wirklichen Ende. Es war der uns von allen Seiten zur Kenntnis gebrachte Wille der Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks, der uns zur Einberufung dieser Tagung veranlaßte. Zu erster ersprießlicher Arbeit heiße ich Sie willkommen. Wir wollen aber nicht an die Arbeit gehen, ohne vorher derer zu gedenken, die Blut und Leben für die Sache des Proletariats hergaben. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von den Plätzen. Redner wünscht, daß die Verhandlungen im Geiste der Verstorbenen geführt werden. Sei das der Fall, so sei dies nutzbringend nicht nur für den engen Kreis des Bezirks, sondern auch für die Revolution und die gesamte revolutionäre Bewegung.

Bei der vorgenommenen Bureauwahl werden Oelsner-Weißenfels und Jänicke-Halle zu Vorsitzenden und Sämisch-Schleusing und Kilian-Halle zu Schriftführern gewählt. Die vorläufige Tagesordnung wird von der Versammlung genehmigt und zum ersten Punkt:

Die zukünftigen Aufgaben der A.- und S.-Räte

erhält sodann Genosse Düwell-Zeitz das Wort.

Die Verhandlungen dauern fort.

---

* **Wie Kriegsgesellschaften arbeitslos Gewinne machen.** Ein alter Invalide hat sich von seinen Pachtweiden in Trotha in Wind und Wetter 70 Zentner Weiden geschnitten, um sich durch Körbeflechten einen kümmerlichen Nebenverdienst zu schaffen. Die vom Kriegsministerium als Händlerstelle kommissarisch mit der Weidenverteilung beauftragten Fied u. Chronicle, Magdeburg, bieten von der Weidengewinnung des Invaliden gehört. Und obwohl sie keinen Finger dabei gekrümmt haben, verlangen sie jetzt von dem Invaliden die Auszahlung von 66,50 Mk. als Händlerzuschlag, der der Firma auf Grund der Beschlagnahmeverordnung des Kriegsministeriums zustehen soll. — Der arme Mann macht die Arbeit und Kriegsgesellschaften fordern für sich arbeitslose Extraprofite. Eine herrliche kapitalistische Kriegswirtschaft!

* **Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht in Halle** hatte im Jahre 1918 wohl die geringste Inanspruchnahme seit seinem Bestehen aufzuweisen. Es wurden im ganzen nur 228 Klagen (und zwar 166 beim Gewerbegericht und 57 beim Kaufmannsgericht) angebracht, gegen rund 850 im Jahre 1914. Seit Kriegsausbruch trat eine ständige Abnahme ein, die ihre Ursache in den gesamten Kriegsverhältnissen, wie z. B. den Mangel an Arbeitskräften, dem Hilfsdienstgesetz usw. hatte. Von den Streitfällen beim Gewerbegericht waren im vergangenen Jahr 15 von Unternehmern und 151 von Arbeitern eingereicht. Der größte Teil, nämlich 52, erledigten sich durch Vergleich, sodann 86 durch Zurücknahme der Klage, 28 durch Endurteil, 7 durch Versäumnisurteil usw. Nur in sieben Fällen dauerte das Streitverfahren länger als einen Monat.

Als Einigungsamt bei Lohnbewegungen trat das Gewerbegericht in vier verschiedenen Fällen in Tätigkeit. In zweien davon wurde eine Einigung erzielt, in den anderen zweien nicht. Beim Kaufmannsgericht verteilen sich die eingerichteten Klagen auf 1 von den Geschäftsinhabern und 56 von Handlungsgehilfen und -gehilfinnen. Hier wurde die Mehrzahl, nämlich 16, durch Endurteil erledigt, sodann 14 durch Zurücknahme, 5 durch Vergleich usw. In 38 Fällen drehte es sich um Gehaltsfragen, in 28 um Kündigungsfristen, Zeugnisse usw. Nur in 5 Fällen dauerte das Verfahren länger wie einen Monat. In 8 Fällen betrug der Wert des Streitgegenstandes mehr wie 300 Mk. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht nicht in Tätigkeit. — Schon im Jahre 1916 hätte sollen eine Neuwahl der Beisitzer aus dem Kreise der Unternehmer und Arbeiter bei den Gerichten stattfinden; sie ist aber wegen des Krieges bis jetzt immer verschoben worden.

* **Die Forderungen der Techniker.** Im Germaniasaale veranstaltete am Montag der Bund technischer Berufsstände von der Technischen Bezirksindustriestelle Halle eine große öffentliche Kundgebung. Der zweite Vorsitzende, Genosse Berlin, erstattete das Referat. Einleitend wies er darauf hin, daß die Zeit des neuen Aufstieges unserer Wirtschaft neben anderen Berufen auch den Techniker auf das politische Kampffeld führen müsse. Die Zeit, in der der Techniker sich als Objekt der Regierung fühlte, soll endgültig vorbei sein. Mit sachlichem Denken und sachlicher Arbeit, an die er gewöhnt sei, habe der Techniker an die größte Aufgabe zu gehen, die bis jetzt der Menschheit gestellt worden sei, an den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Seine Forderungen kann der Techniker insbesondere in der neuen Zeit nur durch Zusammenschluß im großen Bunde der technischen Berufsstände erreichen, der Techniker aller politischen Parteien umfaßt und dessen Vorstand sich entsprechend zusammensetzt.

Der Techniker, der durch seine Gleichgültigkeit gegen politische Dinge, die Schuld an der bisherigen Zurücksetzung trägt, habe sich selbst zu erziehen, um aus dem nur in Zeichnungen sprechenden Arbeiter auch ein Vorkämpfer der Revolution zu werden. Mit einem einbringlichen Appell zu gemeinsamem Zusammenschluß endigte der Redner sein mit großer Zustimmung aufgenommenes Referat. Die aufgeworfenen Fragen lösten eine lebhafte Diskussion aus.

* **Heraufsetzung der Polizeistunde.** Mit Rücksicht auf die mißlichen Zustände im Gastwirtsgewerbe ist die kürzlich auf 9½ Uhr herabgesetzte Polizeistunde ab heute um eine Stunde heraufgesetzt worden. Um 9½ Uhr müssen die Gastwirte aber die Beleuchtung auf ein Drittel der brennenden Lampen herabmindern. Sollten die Gastwirte die aus dem Kohlenmangel sich ergebenden Maßnahmen unbeachtet lassen, droht die Polizei mit sofortiger Wiederherabsetzung der Polizeistunde. „Also": Spart Licht!

* **Einen Hilferuf zur Unterstützung der deutschen Kriegsgefangenen** erläßt der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf die beschleunigte Freilassung und Heimschaffung aller kriegsgefangenen Deutschen hinzuwirken und ihnen bessere Lebensbedingungen und größere Freiheit bis zu ihrem Heimtransport zu erwirken. Der Jahresbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder 3 Mark, für fördernde Mitglieder 1 Mark oder beliebig mehr. Anmeldungen nimmt mit Beitragszahlungen entgegen: Juwelier Franz Tittel, Halle, Vorsitzender der Zweiggruppe für den gesamten Regierungsbezirk Merseburg.

* **Stipendien für Besucher gewerblicher Fachschulen.** Die Handelskammer zu Halle kann in diesem Jahre aus den Erträgnis der Bankier Ernst-Haasenaier-Stiftung sieben Stipendien zu je 75 Mark bewilligen. Tüchtige und würdige junge Leute, Söhne Hallischer Bürger, welche die zum Besuche gewerblicher Fachschulen in Halle erforderlichen Mittel nicht selbst aufbringen können, sind in erster Linie zu berücksichtigen. Ferner können zwei Stipendien zu je 200 Mk. aus dem Stipendienfonds der Handelskammer und der Bruno-Frentag-Stiftung verliehen werden. Nähere Auskunft erteilt das Bureau der Handelskammer zu Halle, Franckestraße 5. — Bewerbungsschreiben sind bis zum 28. Februar d. J. an die Handelskammer zu richten.

* **Frühere Schulentlassung.** Ueberall da, wo die Kontrimation der zur Schulentlassung gelangenden Kinder vor dem 1. April stattfindet und wirtschaftliche Gründe die Entlassung aus der Schule zum 31. März erwünscht erscheinen lassen, können diese Kinder auf den an die Kreisschulinspektoren zu richtenden Antrag ihrer Eltern oder Pfleger zu dem genannten Tage aus der Schule entlassen werden.

* **Eine Fahrplanänderung** enthält der Anzeigenteil der vorliegenden Nummer des Volksblattes. Sie sei der Beachtung der Leser empfohlen.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, geht Pitzners Oper Der arme Heinrich in Szene. Donnerstag wird das Lustspiel Nur ein Traum von Lothar Schmidt unter der Spielleitung von Adolbert Krinval zum ersten Male gegeben. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hartmann, Gravi, Michael und die Herren Rehbach, Krinval, Teuscher, Schur. Freitag wird Björnsons Schauspiel Ueber unsere Kraft (2. Teil) wiederholt. Sonnabend: Lohengrin. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen: Tiefland. Sonntag abend: Die Fledermaus. Die Leitung des Stadttheaters ersucht nochmals besonders darauf hin, daß ab heute, Mittwoch, alle Abend-Vorstellungen pünktlich um 6½ Uhr beginnen.

Die Oper des Stadttheaters bereitet zurzeit die dramatische Sinfonie Isebill von Friedrich Klose vor. Der Komponist wird voraussichtlich der Erstaufführung seines Werkes in Halle beiwohnen. Die Oper wird vollständig neu ausgestattet nach Entwürfen von Fräulein Lickartz.

* **Zoologischer Garten.** Zur Feier des 25jährigen Militär-Dienstjubiläums des Obermusikmeisters Karl Steuer findet im Zoologischen Garten morgen, Donnerstag, abend 7 Uhr ein großes Extra-Militärkonzert (Streichmusik) vom gesamten Trompeterkorps des Manst. Feldartillerie-Regmts. Nr. 75 unter Leitung des Jubilars statt. Der Eintrittspreis beträgt 1 M (Siehe Anzeige.)

* **Zigarren- und Zigarettendiebstahl.** In der Nacht zum 28. Januar ist in ein in der Gr. Ulrichstraße belegenes Zigarrengeschäft eingebrochen worden. Die bisher unbekannten Diebe haben große Mengen Zigarren und Zigaretten erbeutet. U. a. Zigarren in Hülsenpackung zu je 100 Stück, Marke Rosenjungfer und Heimatklänge, ferner sehr wertvolle Zigarren mit Ring, Marke Ninetti, La Duchesse und Prinzeß, in Kistenpackung zu je 50 Stück. Außerdem folgende Zigaretten: 18 000 Stück Marke Lyra mit Mundstück in Packungen zu 20 Stück, sowie folgende: Garbati-Zigaretten mit Mundstück, auch in Packungen zu je 20 Stück, Marke S. C., Landesflagge, Liebesmahl, Burschenschaftler.

Wer irgendwelche Angaben über die Täter und den Verbleib der gestohlenen Ware machen kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38 oder 37 zu melden.

Für Ermittlung der Täter und Wiedererlangung der Ware setzt der Geschädigte eine Belohnung bis 400 Mark aus. Vor Ankauf wird gewarnt.

* **Wem gehören die Sachen?** Am 13. Januar ist auf der Lobentreppe eines Hauses der Stiftwichelstraße ein in einem grauen Packpapierbogen verschnürtes Paket aufgefunden worden. Es enthält 1 braune Barchentbluse, 1 rotbraunen Unterrock, 1 Satinschürze mit 1 Taschentuch, 1 weiße und 1 schwarze Mulltaille, 3 weiße Damenhemden, eins gezeichnet H, eins M. S., 3 weiße Damenhosen, 3 Taschentücher geg. H., 3 weiße Mulltragen, 1 Stück braunes Seidenband. Die Sachen dürften aus einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer oder wer sonst über die Herkunft der Sachen Auskunft zu geben vermag, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38 oder 37 zu melden. Dort liegen auch die Sachen zur Ansicht aus.

* **Warnung vor einem Scheckschwindler.** In den letzten Tagen hat sich ein unbekannter etwa 30jähriger schlanker Mann mit hagerem, sehr blassem Gesicht durch Einzahlung von 800 Mark fälschlich auf den Namen Max Knauth bei dem hiesigen Bankhause Reinhold Steckner ein Bankguthaben einrichten lassen. Die in dem dafür erhaltenen Scheckbuch befindlichen Schecks führen die Nummern 33 576 bis 33 600. Der Unbekannte ist in Begleitung einer etwa 28jährigen gutgekleideten Frauensperson bereits in verschiedenen hiesigen Geschäften gewesen, hat größere Wertgegenstände gekauft, diese gleich mitgenommen und als Zahlmittel Schecks ausgestellt. Da er das kleine Guthaben bei der Bank aber alsbald selbst wieder abgehoben hat, sind diese völlig wertlos. Wer auf angeführte Weise durch den Unbekannten bereits geschädigt ist und wer sonst Angaben zur Ermittlung des Schwindlers und seiner Begleiterin machen kann, wird ersucht, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38 oder 37, zu melden. Sollte der Schwindler seinen Kniff fortsetzen, wird um sofortige Benachrichtigung der Polizei gebeten, damit beide Personen festgenommen werden können.

* **Diebstähle aus Schaufenstern.** In der Größen Ulrichstraße wurde die Schaufensterscheibe eines Herrengarderobe-Geschäfts eingeschlagen und aus dem Schaufenster ein Ueberzieher und ein Anzug im Gesamtwerte von etwa 600 Mk. entwendet. Der Täter entkam in der Dunkelheit. — Ferner wurden in der Königstraße zwei Schaufensterscheiben eines Zuckerwaren-Geschäftes durch Backsteinstücke eingeworfen und ein Teil der Schaufensteranlagen gestohlen. — In der vergangenen Nacht wurde in eine Brotmarkenstelle eingebrochen und einige Petroleummarken entwendet.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 30. Januar: Zeitweise aufklarend, vorwiegend trocken, Frost.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190129-15/fragment/page=0005

Walhalla-Operetten-Theater.
Pünktlich 7.10 Uhr:
Inkognito. 1815
Operette von Rud. Nelsen.
Kasse 10—1½ u. 4—6.

Stadttheater.
Donnerstag, 30. Jan. 1919:
Anf. 6½ Uhr. Ende geg. 9 Uhr.
Nur ein Traum.
Lustspiel v. Lothar Schmidt.
Freitag: 4773
Ueber unsere Kraft.
(II. Teil).

Thalia-Festsäle.
Donnerstag, d. 30. Januar.
Anfang 5½ Uhr:
Groß. Festball
ehemaliger Kriegsteilnehmer d. Ersatz-Abtg. Feld-Art.-Rgt. 75.
Hierzu sind alle Kameraden, Freunde u. Bekannte herzlichst eingeladen. 4778
Musik Art.-Regt. Nr. 75.
Nur die neuesten Tänze.
Der Vergnüg.-Ausschuß.

Zoo.
Donnerstag, 30. Januar, abends 7 Uhr *2775
Grosses Extra-Militär-Konzert
((Streichmusik)
ausgeführt vom gesamten Trompeterkorps Ausf. Feld-Art.-Regts. No. 75, zur Feier des 25jährigen Dienstjubiläums des Obermusikmeisters Karlstesser, unt. Leitung des Jubilars.
Eintrittspreis 1.— Mark für die Person
Abonnement aufgehoben.

Welt-Panorama,
Gr. Ulrichstrasse 4/5, I.
Vom 26. 1.—2. 2. 1919:
1. Palästina: Jerusalem.
2. Bayern: Garmisch, Partenkirchen. 4705

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung

Pfälzer Schießgraben.
Morgen, Donnerstag:
Gr. Tanzkränzchen
des Stammtischvereins Einigkeit 1912.
Gäste herzlich willkommen. *4786
Ergebenst ladet ein **Der Vorstand.**

Arbeiter-Gesangverein Teicha.
Sonntag, den 2. Februar, abends 6½ Uhr, im Lokal des Hrn. Gottschalk, Löbejün:
Gr. Maskenball
mit Preisverteilung.
Es ladet freundlichst ein *2758 **Der Vorstand.**

Bergarbeiter-Verband Wettin.
Sonnabend, 1. Februar, im Gasthof Eiste:
Stiftungsfest. *2759
Hierzu ladet die Arbeiterschaft von **Wettin und Umgegend** ergebenst ein **Der Vorstand.**

Fortuna = Hergisdorf. 2915
Sonnabend, den 1. Februar, von abends 7 Uhr ab:
Tanzkränzchen.
Es ladet ergebenst ein **Bruno Schlaustedt.**

Kötzschen.
Freie sportliche Vereinigung.
Sonntag, 2. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Grosse Ballmusik
bei vollem Orchester. *2761
Dazu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Auf Grund der §§ 3 und 4 der Bundesratsverordnung über Ersparung von Brennstoffen und Beleuchtungsmittel vom 16. Dez. 1916 wird hiermit unter Zustimmung des Regierungs-Präsidenten in Merseburg für den Stadtkreis Halle bis auf weiteres angeordnet:

§ 1. Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser, Räume in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungslokale aller Art sind um 10½ Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden.

§ 2. In den unter § 1 genannten Räumen dürfen während der Dunkelheit nur ½ der beim Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandenen leuchtungsmittel zur Beleuchtung verwandt werden.

§ 3. Die Beleuchtung der in § 1 genannten Räumen ist spätestens um 10¾ Uhr abends zu löschen, mit Ausnahme der Zimmer der Gastwirtschaften, in denen Fremde übernachten.

§ 4. Die vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung bezw. dessen Vertrauensmann erlassenen Bestimmungen über Gassperre usw. werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

§ 6. Die bisher von hier aus erlassenen Bekanntmachungen über Festsetzung der Schlußstunde usw. werden aufgehoben.

Halle, den 28. Januar 1919.

Für den A.- und S.-Rat. gez. K. Reiwand.
Die Polizeiverwaltung.

Ab Freitag, den 31. Januar 1919
U.T **Alte Promenade 11a** U.T
Fernruf 5738.

Das neue Monumental-Filmwerk
Eine Kunstschöpfung von unvergleichlicher Schönheit
Carmen
Grosses dramatisches Schauspiel mit spanischen Original-Stierkämpfen in 6 Akten.
Pola **Negri**
Harry **Liedtke**
4781
Morgen letzter Tag: „Die Favoritin des Thronfolgers".

Ab Freitag, 31. Januar 1919
U.T **Leipzigerstrasse 88**
Fernruf 1224
Morgen letzter Tag Erna Morena in „Colomba"
Henny Porten 4781
in
„Die Dame, der Teufel und die Probiermamsell".
Eine teuflische Komödie in 4 Akten.

Gutgekochtes Rübenmus
hat abzugeben in großen und kleinen Posten von 10 Pfd. an
Gustav Hanitz,
Halzweißig bei Bitterfeld,
Chausseestr. 3b.
Bestellungen werden in der Restauration zum Kronprinzen, Halle, Trittitz 23, entgegengenommen. *2776
Probe daselbst erhältlich.

Moderne Kücheneinrichtung,
Wäschegarnitur, Wäschekoje, andere guterhalt. Möbel u. Federbetten verkauft 4774
E. Dippold, Gr. Botenstr. 12, p.

Partei-Schriften
empfiehlt
Volks-Buchhandlung.

Futterrüben,
Futtermöhren,
Speisemöhren,
prima Mus,
Sauerkohl,
Moorrettig
verkauft
Frau Marie Niemann,
*2772 Diemitz.

Damen-Masken zu verleihen
4777 Glauchaerstr. 13, II.

Was will die Unabhängige Sozialdemokratie?
Preis 10 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42 44.

Mehrere Bauschlosser, mehrere Maschinenschlosser, zwei Kohler, einen Arbeiter stellt sofort ein
Herm. Bertram,
4776 Diemitz.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Maler-Arbeiten aller Art
führt sauber aus
Paul Gräfenstein, Dekoration u. Möbellackiererei,
Zinkagartenstrasse 4. 4782

Former-Lehrlinge
stellt unter günstigen Bedingungen ein *2710
Hermann Wintzer, Langestr. 24.

Klempner- und Installateur-Lehrling
gesucht. *2760
G. Richter, Berlinerstr. 33.

Klavier-, Violin-, Mandol.- u. Gitarre-Unterricht erteilt 4041] Wally May, Torstr. 10

Apollo-Theater.
Täglich abends 7.15 Uhr 4787
Polnische Wirtschaft.
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
Hans Fiedler . . . Lit. Max Walden.
Vorverkauf 9—1 u. 5—½7. Sonntags ununterbrochen

Augustiner-Bräu, Mittelstraße.
Zu unserm am Donnerstag, den 30. Januar, stattfindenden **Tanzkränzchen** ladet Freunde und Bekannte herzlichst ein Gri.-Klub 14.
Anfang 6 Uhr. 4788

Achtung! Achtung!
Männer-Turnverein Ludw. Jahn, Ahlsdorf
Sonntag, den 2. Februar, abends 6 Uhr, im Hohenzollern:
Großer Maskenball
mit nachfolgendem **Ball.**
Zur Aufführung kommt der **Zigeunerreigen,** ausgeführt von der Frauenabteilung.
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**
Maskenkarten sind im Vereinslokale zu haben, Eintrittskarten bei den Mitgliedern Herren Dittmann und Otto Lüttmann. *2769

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Verkauf von Quark
erfolgt am Donnerstag, den 30. Januar 1919, auf den Abschnitt 8 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Berabolz, Weißenburgstr. 12, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Rannischestr. 20/21, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr und nur für diejenigen Haushaltungen, welche in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei in der Schulstraße zur Kundenliste angemeldet sind. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 3. Februar abzuliefern.
Halle, den 29. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von ungarischem Bienenhonig.
In der Talamtschule kommt bis auf weiteres ungarischer Bienenhonig zum Preise von 15 Mark für das Pfund zum Verkauf. Gefäße sind mitzubringen.
Halle, den 29. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Honigkuchen in der Talamtschule, im Anschluß an die Kriegsverteilung am Donnerstag, den 30. Januar 1919. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 24 501 bis 28 600 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 28 601—34 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket zum Preise von 32 Pfennigen abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereit halten.
Halle, den 29. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bekanntmachungen vom 12. April und 24. Mai 1918 betr. die **Kohlenversorgung** für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 wird folgendes bestimmt:

1. Während des Monats Februar gelten beim Einkauf kleiner Kohlenmengen von den roten Kohlenkarten die Nummern 27—34 als vorzugsberechtigt.

Die Händler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummern ½ Zentner Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben.

Bei genügendem Kohlenvorrat kann gleichzeitig auf mehrere der genannten Nummern Kohle abgegeben werden. Eine Verpflichtung der Händler besteht hierzu nicht.

2. Die Verbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Händler zu decken, bei dem sie als Kunde angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Kohle auf die noch nicht aufgerufenen Nummern ist verboten.

3. Auf die für den Einkauf des Sommerbedarfs ausgegebenen blauen Kohlenkarten darf auch bis auf weiteres vorläufig keine Kohle abgegeben werden.

4. Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montag die in der vorhergehenden Woche belieferten Marken gleichzeitig mit der üblichen Wochenmeldung an die Ortskohlenstelle abzugeben.

5. Diese Bekanntmachung gilt als Ergänzung unserer Verordnungen vom 12. April und 24. Mai ds. Js. Zuwiderhandlungen unterliegen den dort angeführten Strafen (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M.)

Halle, den 27. Januar 1919.
Der Arbeiter- und Soldatenrat. Der Magistrat.

Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß Beerdigungen in Reihengräbern auf dem Nordfriedhofe aus anderen als zu diesem Friedhofe gehörigen Stadtteilen wegen Platzmangel nicht mehr zugelassen werden können, auch dann nicht, wenn bereits früher Angehörige dort beigesetzt sind.
Halle, den 24. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Wie werde ich
bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung
versorgt?
Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zahlstelle Halle.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 28. 1. unser Verbandsmitglied, der Bauarbeiter
Louis Kelher
nach schwerem Leiden im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend den 1. 2., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gertrauden-Friedhofs aus statt. 4784
Die Ortsverwaltung.

Schul-Artikel
vorrätig in der
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190129-15/fragment/page=0006